



LAND
OBERÖSTERREICH

Prüfungsbericht

der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck
über die Einschau in die Gebarung

der Marktgemeinde

V Ö C K L A M A R K T

Gem60-247-2008/Pf



Impressum

Herausgeber:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
4021 Linz, Bahnhofplatz 1

Redaktion und Graphik:
Herausgegeben:

Amt der Oberösterreichischen Landesregierung
Linz, im April 2008

Die Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck hat in der Zeit vom 24. Jänner 2008 bis 14. April 2008 (mit Unterbrechungen) durch eine Prüferin gemäß § 105 Oö. Gemeindeordnung 1990 in Verbindung mit § 1 Oö. Gemeindeprüfungsordnung 2008 eine Einschau in die Gebarung der Marktgemeinde Vöcklamarkt vorgenommen.

Zur Prüfung wurden die Jahre 2005 bis 2007 sowie der Voranschlag für das Jahr 2008 herangezogen.

Der Bericht analysiert die Gebarungsabwicklung der Marktgemeinde und beinhaltet Feststellungen im Hinblick auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit der Verwaltung, der öffentlichen und sozialen Einrichtungen und unterbreitet Vorschläge zur Verbesserung des Haushaltsergebnisses.

Die im Bericht kursiv gedruckten Passagen stellen die Empfehlungen der Bezirkshauptmannschaft Vöcklabruck dar und sind als solche von den zuständigen Organen der Marktgemeinde umzusetzen.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	4
Kurzfassung	6
Wirtschaftliche Situation	6
Personal	6
Öffentliche Einrichtungen	7
Weitere wesentliche Feststellungen	8
Förderungen und freiwillige Ausgaben	8
Nahwärme.....	8
Außerordentlicher Haushalt	8
Die Gemeinde	9
Wirtschaftliche Situation	10
Haushaltsentwicklung	10
Mittelfristiger Finanzplan	11
Budgetspitze	11
Finanzausstattung	12
Grundsteuerbefreiungen	12
Kommunalsteuer.....	12
Steuer- und Gebührenrückstände	13
Umlagen	14
Fremdfinanzierungen	15
Darlehen	15
Leasing	15
Haftungen	16
Kassenkredit	16
Rücklagen	16
Personal	17
Allgemeines	17
Allgemeine Verwaltung	17
Handwerklicher Bereich	18
Öffentliche Einrichtungen	19
Wasserversorgung	19
Gebührenhaushalt	19
Abwasserbeseitigung	21
Gebührenhaushalt	21
Abfallbeseitigung	22
Kindergärten	23
Weitere Einrichtungen	24
Schülerausspeisung	25
Alten- und Pflegezentrum	26
Essen auf Räder	28

Hallenbad	29
Sauna.....	30
Gemeindevertretung	31
Bürgermeisterbezug und Aufwandsentschädigungen	31
Sitzungsgelder.....	31
Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben	31
Weitere wesentliche Feststellungen.....	31
Feuerwehrwesen	31
Förderungen und freiwillige Ausgaben.....	31
Nahwärme	32
Musikschule.....	32
Bauhof	32
Außerordentlicher Haushalt.....	33
Allgemeines	33
Außerordentliche Vorhaben	33
Sanierung Volksschule/Lehrschwimmbecken	33
Umkleidekabinen/Sanitäreanlagen Sportzentrum	34
Neubau Altstoffsammelzentrum.....	34
Schlussbemerkung	35

Kurzfassung

Wirtschaftliche Situation

Bei der Gebarungseinschau wurden die Rechnungsjahre 2005 bis 2007 unter Einbeziehung des Voranschlages 2008 herangezogen. Die Marktgemeinde konnte in diesem Zeitraum ihren ordentlichen Haushalt jeweils einschließlich der Soll-Überschüsse aus Vorjahren positiv abschließen. Zur teilweisen Finanzierung ihrer außerordentlichen Vorhaben konnten beträchtlich hohe Eigenmittel in Höhe von insgesamt rd. € 720.420 zugeführt werden. Künftig sind auch Interessenten- und Aufschließungsbeiträge, die zweckgebundene Einnahmen darstellen, vorrangig dem entsprechenden außerordentlichen Vorhaben oder zweckgebundener Rücklagen zuzuführen.

Im Vergleich mit allen öö. Gemeinden lag die Marktgemeinde mit ihrer Finanzkraft nach dem Bezirksumlagegesetz zuletzt an 73. Stelle. Maßgeblichen Anteil an dieser relativ guten Finanzsituation hatten vor allem die kontinuierlich gestiegene Kommunalsteuer sowie die Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen auf Grund der Anhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels.

Außerdem hat die Marktgemeinde ihre Wirtschaftspolitik auf ihr Leistungsvermögen entsprechend ausgerichtet, womit ihr grundsätzlich eine verantwortungsvolle und wirtschaftliche Gebarungsführung bestätigt werden kann.

Die Gebarung der Marktgemeinde wird aller Voraussicht nach in den kommenden Jahren von der steigenden Umlagenbelastung stark beeinflusst werden. Allein für die SHV-, Landesumlage und Krankenanstaltenbeiträge wurde in der mittelfristigen Finanzplanung eine beträchtliche Kostensteigerung im Ausmaß von rd. € 818.800 hochgerechnet, während die Abgabenertragsanteile in der Prognose lediglich einen Einnahmewachstum von rd. € 555.800 erwarten lassen. Auf Grund der enger werdenden Finanzlage werden daher die politischen Entscheidungsträger bei der Planung und Umsetzung der künftigen Investitionsmaßnahmen sehr vorsichtig agieren müssen, um die bislang relativ gute Finanzsituation nicht zu beeinträchtigen.

Die Marktgemeinde ist daher in ihrem eigenen Interesse gefordert, keine über die freie Budgetspitze hinausgehenden Maßnahmen zu setzen. Nicht unterschätzt werden darf in diesem Zusammenhang die auf die Marktgemeinde zukommende zusätzliche Annuitätenbelastung und der dadurch eingeschränkte Handlungsspielraum. Neben den bestehenden Leasingverpflichtungen (rd. € 179.200 jährlich) wird sich bei Realisierung der im MFP angeführten Bauvorhaben die Nettobelastung des Schuldendienstes von derzeit € 276.00 auf voraussichtliche € 463.600 (2011) erhöhen.

Der Gesamtschuldenstand, inkl. der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen des Landes OÖ. (€ 1,67 Mio.), betrug zum Ende des Jahres 2007 rund € 8,59 Mio. Dieser wird bis zum Jahr 2011 voraussichtlich um € 3,47 Mio. ansteigen und für den Zubau des Alten- und Pflegezentrums, den Siedlungswasserbau bzw. für den Neubau des Amtshauses herangezogen.

Personal

Die Personalausgaben stiegen in den letzten drei Jahren von rd. € 1,10 Mio. im Jahr 2005 um rd. 15 % auf € 1,26 Mio. im Jahr 2007 an. Gemessen an den Einnahmen des ordentlichen Haushalts betragen die Personalaufwendungen des Finanzjahres 2007 rd. 18,51 % (exkl. Altenheim), welche im Vergleich zu anderen Gemeinden als durchaus positiv zu bewerten sind.

Mit den bestehenden Dienstposten wird unserer Ansicht nach das Auslangen gefunden, wobei in der allgemeinen Verwaltung verstärktes Augenmerk auf den Verbrauch der Vorjahres-Resturlaube gelegt werden sollte.

Im Hinblick auf die Bereitschaftsentschädigung für den Winterdienst wird angeregt, den Bereitschaftsdienst bei entsprechend stabiler Wetterlage vorübergehend auszusetzen.

Die Personalakten werden vorbildlich geführt und die Marktgemeinde ist bemüht, ihren Bediensteten alle möglichen Zulagen und möglich höhere Entlohnungsgruppen rechtzeitig zu gewähren.

Öffentliche Einrichtungen

Die Betriebe der Wasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung wiesen jeweils jährliche Überschüsse aus, welche auf Grund von Erweiterungs- bzw. Sanierungsmaßnahmen in den kommenden Jahren sinken werden. An Hand der Gebührenkalkulationen kann davon ausgegangen werden, dass sich die kostendeckende Benützungsg Gebühr im Bereich der Wasserversorgung von € 1,42/m³ (2006) auf € 1,89/m³ (2011) und im Bereich der Abwasserbeseitigung von € 5,37/m³ (2006) auf € 5,86/m³ (2011) erhöhen wird.

Die Benützungsg Gebühren werden entsprechend den Vorgaben des Landes OÖ. eingehoben. Die Mindestanschlussgebühren liegen jeweils geringfügig über den vorgeschriebenen Anschlussgebühren.

Auf Grund der wirtschaftlich guten Ergebnisse sind, unter der Voraussetzung, dass weiterhin eine jährliche Anpassung der vom Land OÖ. festgesetzten Mindestgebühren erfolgt, keine unmittelbaren Maßnahmen erforderlich.

Die Abfallgebühren wurden ab Jänner 2007 um durchschnittliche 2,65 % angehoben. Einer kostendeckenden Führung dieser Einrichtung ist auch zukünftig entsprechendes Augenmerk zuzuwenden. Wir empfehlen, jährliche Betriebsüberschüsse einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, die eventuelle ausgabenseitige Schwankungen abdecken können.

Der Betrieb der beiden Kindergärten Montessori und Caritas verursachte im Jahr 2007 einen Abgang in der Höhe von € 197.142, woraus sich umgelegt auf die Anzahl der Kinder ein Pro-Kopf-Abgang von € 1.439 pro Jahr errechnet. Der Personaleinsatz entspricht den gesetzlichen Bestimmungen.

Zudem wurden im Jahr 2007 Zuschüsse für eine Kinderstube, einen Privatkindergarten sowie einen Schülerhort in der Höhe von € 34.329 geleistet.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl der Ausspeisung für die Kinderstube, sämtlicher Kindergärten und Schulen belief sich im Jahr 2006 auf 1.947 Personen und hat sich im Jahr 2007 auf 1.860 Personen verringert. Der Marktgemeinde entstanden im Prüfungszeitraum 2005 bis 2007 durchschnittliche jährliche Betriebsabgänge in der Höhe von € 17.850. Der ausgabendeckende Portionspreis lag im Jahr 2007 bei insgesamt € 4,47.

Auf Grund des Erlasses des Amtes der oö. LR sind spätestens ab dem Schuljahr 2008/09 die Mindestentgelte pro Portion für Kindergartenkinder auf € 2,00 und für das Personal auf € 2,60 anzuheben.

Das Alten- und Pflegezentrum verursachte im Jahr 2006 einen beträchtlichen Fehlbetrag in der Höhe von € 127.750. Hauptverantwortlich dafür war die Fluktuation von Heimbewohnern mit hohen Pflegestufen, die zum Teil mit Personen niedrigerer Pflegestufen nachbelegt wurden. Laut Angaben der Gemeinde wird dieser Betriebsabgang mit den Überschüssen aus den Jahren 2005, 2007 und voraussichtlich 2008 gegen verrechnet.

Im laufenden Jahr ist ein Erweiterungsumbau mit einem Gesamtvolumen von insgesamt € 3,1 Mio. geplant.

Diese öffentliche Einrichtung wäre in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit umzuwandeln, wodurch sich künftige Darlehensaufnahmen nicht maastricht-schädlich auswirken.

Die Ausgaben für die Aktion "Essen auf Räder" liegen bei einer verkauften Portionsmenge von 9.873 bei € 6,19 (exkl. USt.) pro Essen. Als Portionspreis wird ab 1.1.2007 € 5,25 (inkl. USt.) sowie für Ausgleichszulagenbezieher € 4,40 (inkl. USt.) eingehoben. Sollte sich im Jahr 2008 ein höherer Abgang als im Voranschlag (- € 2.700) vorgesehen abzeichnen, wäre eine dementsprechende Anpassung der Entgelte vorzunehmen.

Wir empfehlen im Hinblick auf den Besuchermangel in der Saunaanlage nach der Neuprüfung des Lehrschwimmbeckens effizientere Werbemaßnahmen zu setzen.

Weitere wesentliche Feststellungen

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die von der Marktgemeinde in den Jahren 2005 bis 2007 gewährten Wirtschaftsförderungen zweier Betriebe in der Höhe von insgesamt € 38.200 bezogen sich auf die Refundierung von Aufschließungs- bzw. Planungskosten und verursachten zugleich eine deutliche Überschreitung des vom Land OÖ. limitierten € 15-Fördersatzes (2005: € 23,69; 2007: € 17,47).

Wir verweisen in diesem Zusammenhang ausdrücklich auf die jeweiligen Fördererlässe des Amtes der oö. Landesregierung, in denen Wirtschaftsförderungen nur im Zusammenhang mit der Schaffung von gänzlich neuen Arbeitsplätzen stehen und maximal 50 % der Kommunalsteuer für maximal drei Jahre betragen dürfen.

Nahwärme

Die kalkulierten Kosten für die vorgesehene Lieferperiode des Biomasse-Fernwärme-Projektes liegen annähernd im Rahmen der Vorgaben des Landes Oö., welche sich allerdings erst nach Inbetriebnahme der Anlage bestätigen können.

Außerordentlicher Haushalt

Der außerordentliche Haushalt schloss im Jahr 2007 mit einem Soll-Überschuss in der Höhe von € 225.736 ab.

Die überwiegend positiven außerordentlichen Haushaltsergebnisse der Vorjahre zeigen deutlich, dass die Marktgemeinde ausreichende Beiträge aus dem ordentlichen Haushalt aufzubringen in der Lage war und bei der Vorhabensplanung entsprechend auf ihr Leistungsvermögen Bedacht genommen hat.

Die mittelfristige Finanzplanung signalisiert für die Folgejahre eine Verschlechterung der finanziellen Lage, welche mitunter durch die geplanten Bauvorhaben mit einem Finanzierungsvolumen von rd. 12,68 Mio. € hervorgerufen wird. Zudem können die Eigenmittel aus dem ordentlichen Haushalt voraussichtlich nur mehr zum Teil in der erforderlichen Höhe geleistet werden.

Um die bislang positive Finanzsituation nicht zu beeinträchtigen, werden die politischen Entscheidungsträger bei der Planung und Umsetzung künftiger Bauvorhaben, die zum Teil auch beträchtliche Folgekosten verursachen werden, sehr vorsichtig agieren müssen.

Die Gemeinde

Die Marktgemeinde Vöcklamarkt ist eine von 52 Gemeinden des Bezirkes Vöcklabruck mit 5.036 Einwohnern¹ und rund 1.819 Haushalten.

Die Gemeindevertretung setzt sich aus 17 ÖVP Mandataren, 11 SPÖ Mandataren und 3 FPÖ Mandataren zusammen.

Auf einer Seehöhe von 488 m erstreckt sich die Marktgemeinde auf eine Fläche von ca. 27,36 km², welche durch ca. 120 Straßenkilometer verbunden ist.

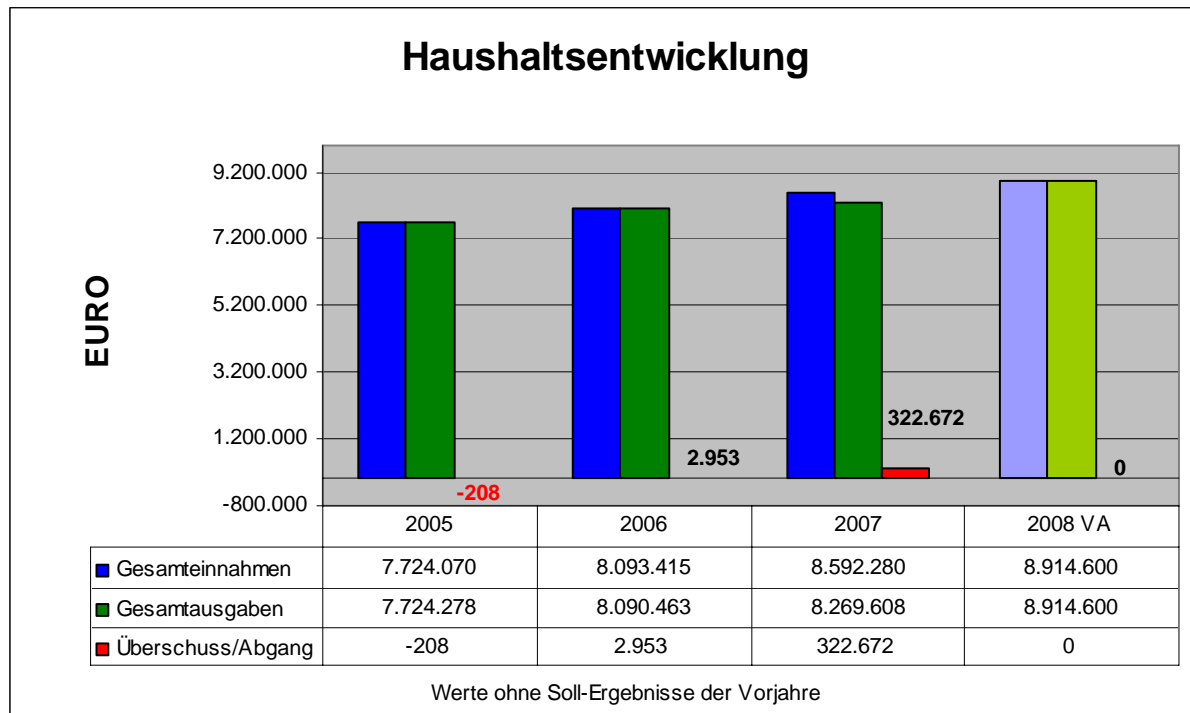
Sie liegt zentral im Alpenvorland des Salzkammergutes, umgeben vom Gebirgs Panorama und ländlicher Urtümlichkeit. Durch die Nähe zur Stadt Salzburg (rd. 50 km) und einigen Sehenswürdigkeiten gilt der Ort auch als Urlaubs- und Wallfahrtsort und ist vor allem bei Tagesausflüglern sehr beliebt.

Auch die Wirtschaft, insbesondere die Holzverarbeitung, hat einen hohen Stellenwert in der Marktgemeinde und ist dadurch über Grenzen hinaus als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum bekannt. In Vöcklamarkt sind insgesamt rd. 145 kommunalsteuerpflichtige Betriebe angesiedelt, welche als wichtigste Steuereinnahmequellen der Marktgemeinde zu sehen sind.

¹ gemäß Stichtag GR vom 20.6.2003

Wirtschaftliche Situation

Haushaltsentwicklung



Die Darstellung in der Graphik erfolgte ohne Abwicklung der Vorjahresergebnisse. Der im Jahr 2005 ausgewiesene Fehlbetrag wurde durch den Überschuss des Vorjahres bedeckt. Im Überprüfungszeitraum wiesen daher alle Rechnungsabschlüsse - einschließlich der Abwicklungen der Soll-Überschüsse aus Vorjahren - ein positives Gesamtergebnis aus und ergaben folgende Summen:

	2005	2006	2007
Gesamtergebnis	229,99	3.182,49	322.671,87

Außerdem war die Marktgemeinde in den Jahren 2005 bis 2007 trotz stark gestiegener Pflichtausgaben¹ in der Lage, frei verfügbare Mittel in der Höhe von insgesamt rd. € 720.420 zur Finanzierung ihrer außerordentlichen Vorhaben sowie für die getätigten Investitionen im oH in der Höhe von rund € 180.270 bereitzustellen.

Der Umfang des Budgetvolumens verzeichnete in den Jahren 2005 bis 2007 einen Anstieg von rd. € 7,72 Mio. auf rd. € 8,59 Mio., was eine Erhöhung von insgesamt 11,24 % bedeutet. Dieser wurde einnahmenseitig im Jahr 2007 durch wesentlich höhere Steuereinnahmen, Ertragsanteile sowie durch Verpflegungsgebühreneinnahmen im Bereich des Alten- und Pflegezentrums hervorgerufen. Für die ausgabenseitige Erhöhung trugen mitunter die Transferzahlungen an den Sozialhilfeverband sowie der Krankenanstalten und die Personalausgaben einen wesentlichen Beitrag dazu bei.

Im Voranschlagsjahr 2008 werden rd. € 645.000 Mehrausgaben angenommen, wobei hier mitunter ebenfalls die Pflichtausgaben (SHV-Umlage, Krankenanstaltenbeiträge, Landesumlage, Personalkosten, Investitionen) den ordentlichen Haushalt wesentlich stärker als im Jahr 2007 belasten werden.

Die Marktgemeinde hat unserer Ansicht nach ihre Wirtschaftspolitik auf ihr Leistungsvermögen entsprechend ausgerichtet und somit eine verantwortungsvolle Gebarungsführung betrieben. Sie verfügt auf Grund ihres relativ hohen eigenen Steueranteils über eine im Grunde solide Finanzausstattung.

¹ sh. Kapitel "Umlagen"

Aufgefallen ist, dass die vereinnahmten Interessenten- bzw. Aufschließungsbeiträge nicht zur Gänze zweckgebunden verwendet wurden und diese dadurch das Haushaltsergebnis in den Jahren 2005 und 2006 mit durchschnittlich rd. € 25.890 bzw. im Jahr 2007 mit rd. € 61.100 aufgebessert haben.

Diese sind künftig nach ihrer Zweckbestimmung entweder für Baumaßnahmen im außerordentlichen Haushalt zu verwenden oder einer Rücklage zuzuführen.

Mittelfristiger Finanzplan

Budgetspitze

Der von der Marktgemeinde beschlossene mittelfristige Finanzplan umfasst die Planjahre 2008 bis 2011. Ziel dieser Finanzplanung ist es, Vorschau zu halten und durch den Einnahmen- und Ausgabenplan zu erfahren, wie sich die Finanzlage entwickeln wird. Die wichtigste Kennziffer ist die freie Budgetspitze, die Auskunft darüber gibt, ob und mit welchem Betrag die gemeindeeigenen Mittel für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stehen. Diese weist im Jahr 2008 ein positives Ergebnis (€ 110.000) und für den restlichen Zeitraum jeweils eine negative Tendenz¹ auf.

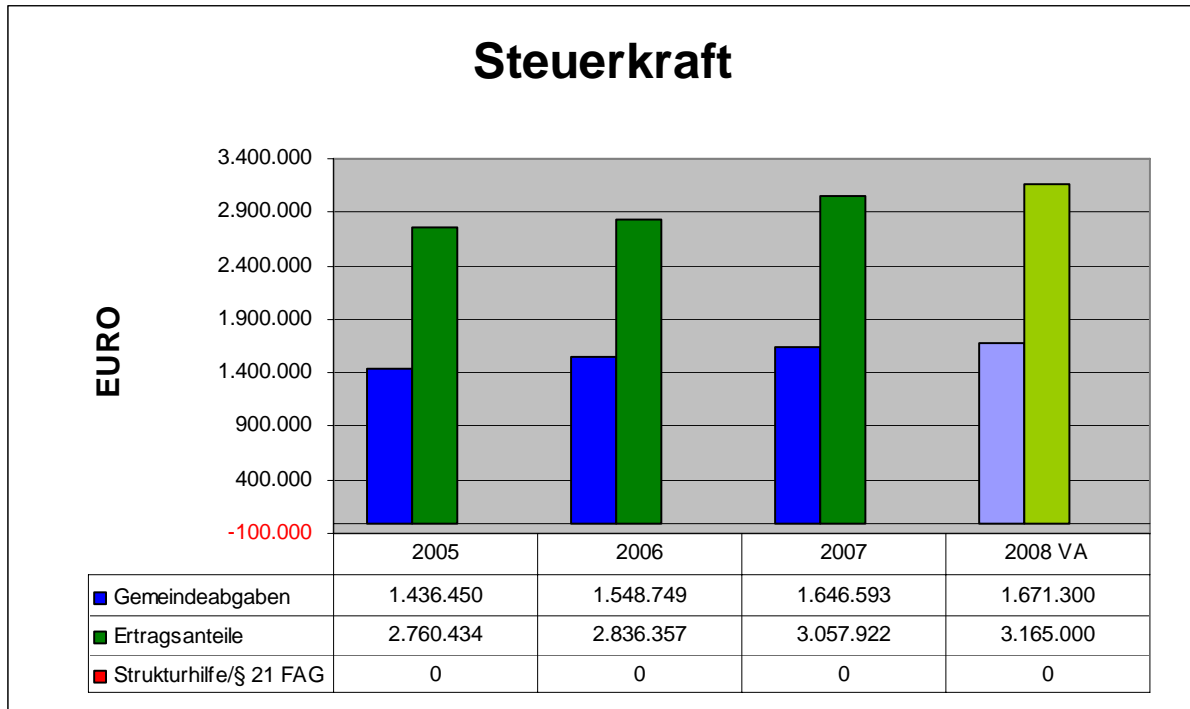
Hauptgrund für diese negative Entwicklung ist in erster Linie der, dass die Einnahmen nicht mehr mit den ständig steigenden Ausgaben mithalten können. Diese werden mitunter durch den Anstieg der Umlagen (SHV, Krankenanstalten), der Neuverschuldung, sprich durch die steigenden Annuitätenzahlungen verursacht.

Laut Investitionsplan wurden im Jahr 2008 € 146.800 reine Eigenmittel für den außerordentlichen Haushalt veranschlagt, welche in diesem Jahr an Hand der positiven Budgetspitze gerade noch erbracht werden können. Die in den Jahren 2009 und 2010 veranschlagten ordentlichen Mittel in der Höhe von € 432.200 bzw. € 529.800 werden als Zuführung an den aoH in dieser Größenordnung unserer Ansicht nicht mehr möglich sein.

Da das in den Jahren 2008 bis 2011 geplante Investitionsvolumen insgesamt 10,82 Mio. € beträgt, wird eine Realisierung aller im MFP vorgesehenen Baumaßnahmen an Hand der verschlechternden Haushaltssituation kaum durchführbar sein. Um die bislang positive Finanzsituation nicht zu beeinträchtigen, werden die politischen Entscheidungsträger bei der Planung und Umsetzung künftiger Bauvorhaben, die zum Teil auch beträchtliche Folgekosten verursachen werden, sehr vorsichtig agieren müssen.

¹ 2009: -€ 28.900; 2010: -€ 129.600; 2011: -€ 87.100

Finanzausstattung



Die Marktgemeinde rangierte mit ihrer Finanzkraft¹ zuletzt im Vergleich mit allen öö. Gemeinden an 73. Stelle und nahm innerhalb des Bezirkes Vöcklabruck den 9. Platz ein. Gemessen an den ordentlichen Einnahmen war die Finanzkraft der Marktgemeinde im Jahr 2007 zu rd. 54,8 % beteiligt.

Die Steuerkraft² belief sich im Jahr 2005 auf rd. € 4,2 Mio. und stieg bis 2007 beträchtlich um rd. 12,10 % auf rd. € 4,7 Mio. an. Wie aus der Graphik ersichtlich ist, stiegen sowohl die Gemeindeabgaben als auch die Abgabenertragsanteile kontinuierlich an. Maßgeblichen Anteil an der guten Entwicklung der gemeindeeigenen Steuern hatte vor allem die Kommunalsteuer, die im Zeitraum 2005 bis 2007 einen Zuwachs von rd. € 195.000 verzeichnete.

Bei den Abgabenertragsanteilen 2007 profitierte die Marktgemeinde insbesondere von der Anhebung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels, sodass gegenüber dem Jahr 2005 um rd. € 281.200 Mehreinnahmen lukriert werden konnten.

Grundsteuerbefreiungen

Die stichprobenweise durchgeführte Prüfung der Grundsteuerbefreiungsbescheide ergab keinen Anlass zur Beanstandung.

Kommunalsteuer

An Kommunalsteuer konnte die Marktgemeinde im Jahr 2007 insgesamt rd. € 1,34 Mio. lukrieren. Der größte angesiedelte Betrieb leistete Steuern von insgesamt € 145.692, welche rund 8,9 % aller Einnahmen ausmachten.

Die im obigen Zusammenhang erwähnte Steigerung der Kommunalsteuereinnahmen resultiert größtenteils durch Erweiterung der bestehenden Betriebe und nur zu einem kleinen Teil an zugezogenen Betrieben.

Die stichprobenweise durchgeführte Prüfung der Kommunalsteuererklärungen ergab keinen Grund zur Beanstandung. Die meisten Betriebe gaben ihre Steuererklärungen zeitgerecht ab und wurden mit den vom Finanzamt übermittelten Daten verglichen.

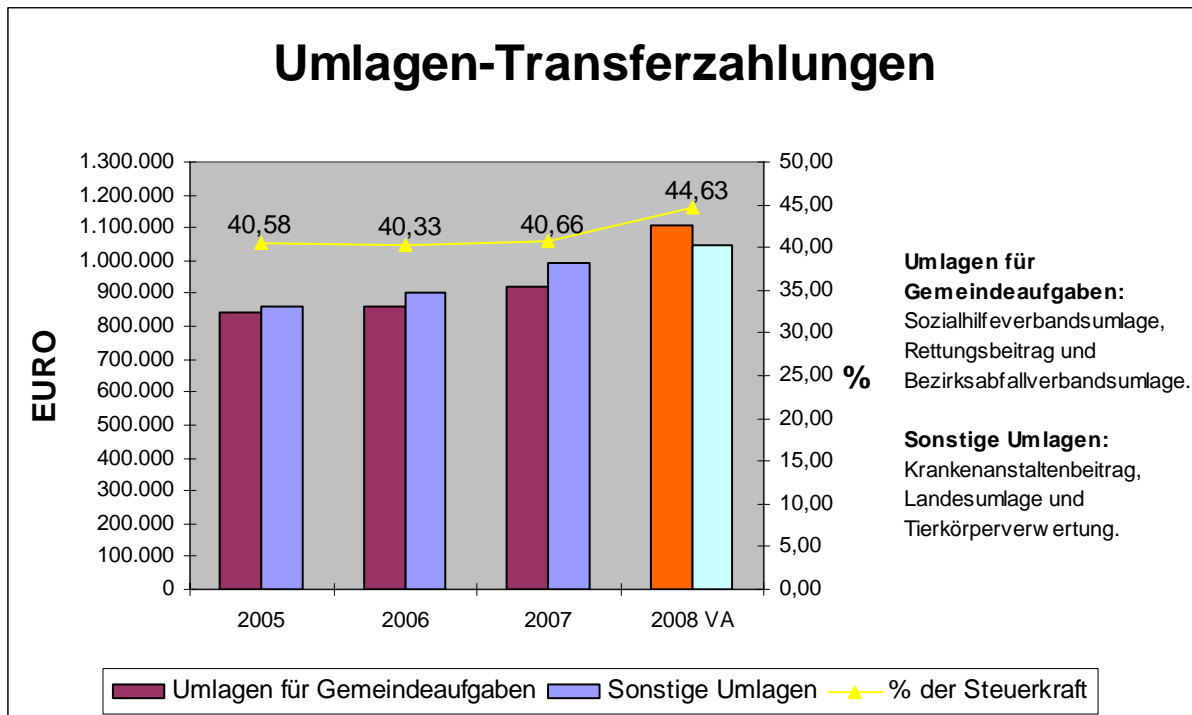
¹ nach dem Bezirksumlagegesetz

² Steuerkraft = Finanzkraft minus Aufschließungsbeiträge zzgl. Strukturhilfe u § 21 Finanzausstattung

Steuer- und Gebührenrückstände

Die Steuer- und Gebührenrückstände hielten sich in einem verträglichen Ausmaß. Nach Aussagen der Gemeindebediensteten ist die Marktgemeinde bemüht, die Außenstände so gering wie möglich zu halten, wobei mitunter auch die gewährten Ratenzahlungen zu berücksichtigen sind.

Umlagen



Sowohl die Geldleistungen, die die Marktgemeinde in Form von Umlagen und Transferzahlungen für Gemeindeaufgaben als auch jene Leistungen, die dem Land OÖ. bzw. seinen betrieblichen Einrichtungen zufließen und im Jahr 2005 bei rd. € 1.703.260 lagen, stiegen bis zum Jahr 2007 kontinuierlich auf rd. € 1.912.714 an. Dies bedeutete im Jahr 2007 eine Bindung der Steuerkraft von insgesamt 40,66 %.

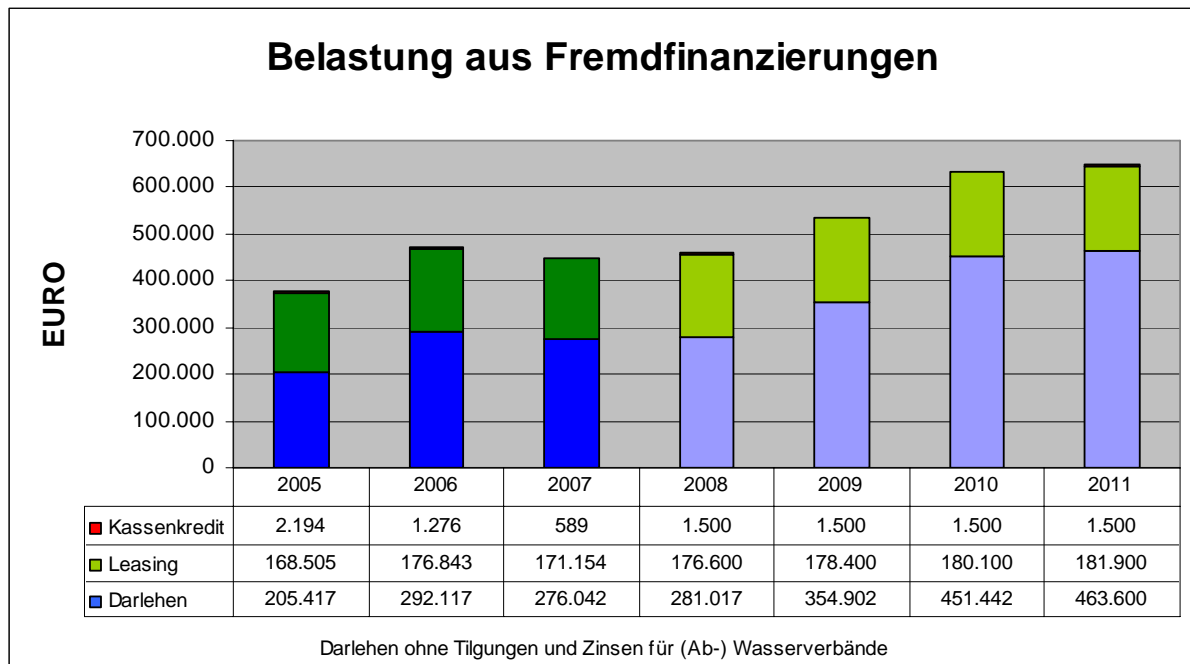
Hauptverantwortlich für dieses Ansteigen der Belastung sind vor allem die Umlage für den Sozialhilfeverband, die von 2005 bis 2007 um 8,99 % bzw. um rund € 70.160 anstieg und die Krankenanstaltenbeiträge, die im selben Zeitraum um 18,76 % bzw. um rund € 114.380 anstiegen.

Im Voranschlag für das Finanzjahr 2008 rechnet die Marktgemeinde mit einer weiteren Erhöhung der Umlagen und Transferzahlungen um rund € 209.455, die in erster Linie wieder mit dem Krankenanstaltenbeitrag zusammenhängt und rund 44,63 % an der Steuerkraft der Marktgemeinde in Anspruch nehmen wird.

Rechnet man zu diesen Pflichtausgaben noch weitere wie Personal¹-, Verwaltungs- und Betriebsaufwand einschließlich der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie Kosten für die Gemeindevertretung hinzu, so beliefen sich diese Pflichtausgaben im Jahr 2007 bereits auf insgesamt € 4.367.120. Damit waren rund 90,3 % der Steuerkraft bzw. beinahe rund 50,83 % der ordentlichen Jahreseinnahmen gebunden.

¹ exkl. Personalkosten Alten- und Pflegezentrum

Fremdfinanzierungen



Darlehen

Der Gesamtschuldenstand, inkl. der derzeit nicht belastenden Investitionsdarlehen¹ des Landes OÖ., betrug zum Ende des Jahres 2007 rund 8,59 Mio. €.

Nach Abzug der im Rahmen der Wasserbautenförderung gewährten Zuschüsse in der Höhe von € 294.232 errechnete sich für Darlehensrückzahlungen und –zinsen im ordentlichen Haushalt des Finanzjahres 2007 eine Netto-Belastung von insgesamt € 276.042, welche sich mit rund 3,21 % der Einnahmen im ordentlichen Haushalt zu Buche schlugen.

Davon entfielen in diesem Jahr etwa 93,69 % auf die Abwasserentsorgung bzw. Wasserversorgung. Die restlichen 6,31 % oder rd. € 35.970 nahm die Marktgemeinde für den Kindergartenneubau, für das Alten- und Pflegezentrum sowie für Zwischenfinanzierungskosten der Umkleide-/Sanitäranlagen Sportzentrum in Anspruch.

Mittelfristig wird die Darlehensbelastung in den Jahren 2008 bis 2011 durch weitere Darlehensaufnahmen in der Höhe von rd. € 3,47 Mio.² für den Zubau des Alten- und Pflegezentrums, den Siedlungswasserbau sowie für die Sanierung des VS/Lehrschwimmbeckens und die Sanierung bzw. den Neubau des Amtshauses massiv ansteigen. Diese wird sich im Jahr 2011 voraussichtlich auf insgesamt € 463.600 belaufen, wodurch gegenüber dem Jahr 2007 mit einem Anstieg von rd. 68 % zu rechnen ist. Die voraussichtliche Belastung des ordentlichen Haushalts wird sich in den Jahren 2009 bis 2011 auf durchschnittlich 4,93 % belaufen und bedeutet eine weitere Einschränkung des Handlungsspielraumes im ordentlichen Haushalt.

Leasing

Der Neubau des Feuerwehrhauses Vöcklamarkt, der Anbau für die Musik- und Polytechnische Schule sowie die Errichtung einer Sauna wurden über Leasing finanziert.

Die jährlichen Leasingraten beliefen sich für das FF-Gebäude auf rd. € 31.000 und werden mit Ende des Jahres 2008 auslaufen.

Die restlichen Baumaßnahmen werden den ordentlichen Haushalt bis zum Jahr 2019 mit durchschnittlich € 179.250 jährlich belasten. Das bedeutet zusätzlich zu den Darlehensaufwendungen einen Anteil der Einnahmen im ordentlichen Haushalt von rd. 2,09 %.

¹ 2007: € 1,67 Mio.

² 1,255 Mio. € Darlehen; 1,4 Mio. € WBF-Darlehen; 812.000 € SWW-Förderung

Haftungen

Zum Ende des Finanzjahres 2007 bestanden Haftungen in der Höhe von rd. 3,2 Mio. €, die die Reinhaltverbände "Vöckla-Redl" sowie "Vöckla-Ager" betrafen.

Kassenkredit

Im Jahr 2007 wiesen die Girokonten mitunter durch die Heranziehung sämtlicher Rücklagen durchwegs beachtlich hohe positive Bestände auf. Kassenkredite mussten lediglich vereinzelt über kurze Zeiträume aufgenommen werden, wodurch der ordentliche Haushalt im Jahr 2007 mit Zinsen in der Höhe von insgesamt € 589 belastet wurde.

Die aktuellen Zinssätze des Girokontos, welches die meisten Buchungen aufweist, lauten wie folgt:

per 1. April 2008:	Haben-Zinssatz	3,750 %
	Soll-Zinssatz	4,375 %

Rücklagen

Zum Jahresende 2007 verfügte die Marktgemeinde Vöcklamarkt über insgesamt € 729.127 an Rücklagen, die sich folgendermaßen aufteilten:

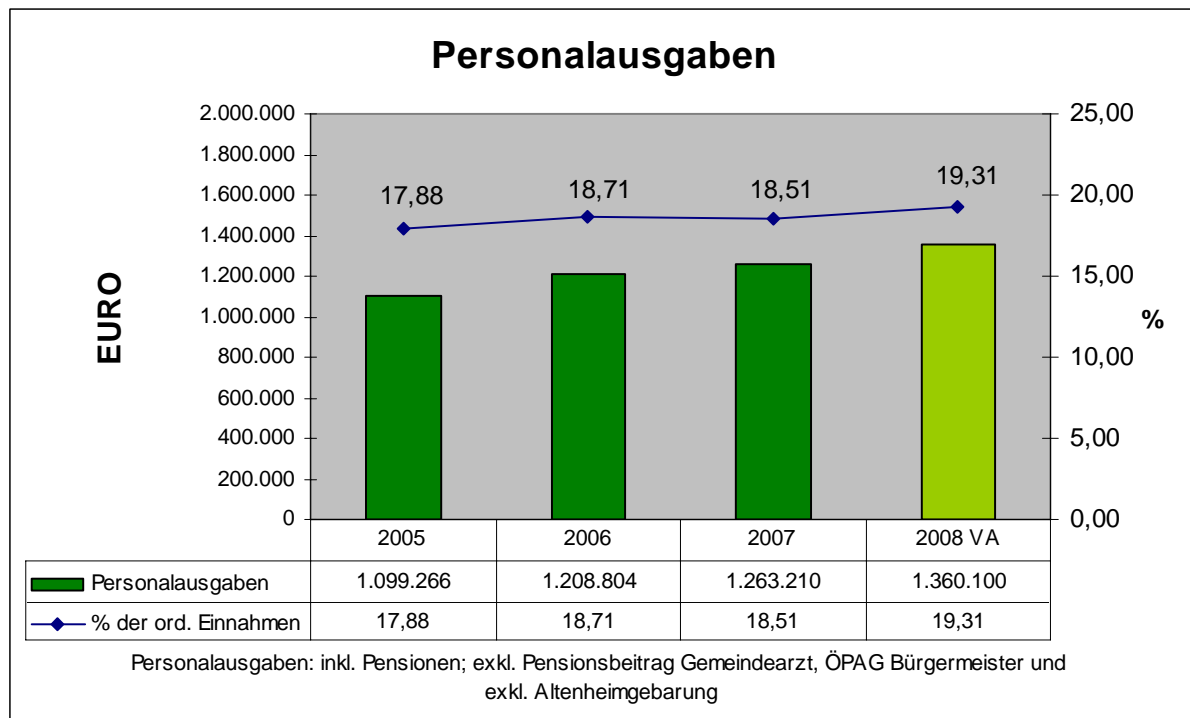
- € 149.980,27 zweckgebundene Mittel (Wasser, Kanal)
- € 230.267,57 Instandhaltungsrücklage Alten- und Pflegezentrum
- € 138.138,56 Rücklage Grundankauf
- € 210.740,60 allgemeine Haushaltsrücklagen

Ein Großteil dieser Rücklagen wird jährlich zur Verminderung der Kassenkredite bzw. zur Vorfinanzierung von Bauvorhaben¹ herangezogen.

Wir empfehlen der Marktgemeinde künftig eine Pensionsrücklage für den Bürgermeister zu bilden, die jährlich etwa der Höhe des Dienstgeberbeitrages (11,05 %) entspricht.

¹ dzt. € 130.000 für das Vorhaben "Umkleidekab./Sanitär anl. Sportanlage"

Personal



Allgemeines

Die Personalausgaben (einschließlich der Pensionsbeiträge und exkl. des Personals des Alten- und Pflegezentrums) stiegen kontinuierlich von 1,10 Mio. € (2005) auf 1,26 Mio. € (2007) an. Von den ordentlichen Einnahmen mussten davon im Jahr 2007 rd. 18,51 % aufgewendet werden. Dieser Prozentsatz kann im Vergleich zu anderen Gemeinden als durchaus positiv bezeichnet werden.

Die steigenden Ausgaben sind neben den allgemeinen Bezugserhöhungen durch die laufenden personellen Veränderungen wie die Übernahme von zwei Lehrlingen in Vertragsbedienstetenverhältnisse, Dienstjubiläen, Abfertigungsleistungen usw. begründet.

Im Jahr 2007 waren insgesamt 45 Bedienstete (ohne Alten- und Pflegezentrumpersonal) beschäftigt, wovon Hauptteile des Personalaufwandes auf

die allgemeine Verwaltung	rd. € 500.437 = ca. 39,7 %
die Volks- und Hauptschule inkl. Ausspeisung	rd. € 297.523 = ca. 23,6 %
den Bauhof samt den öffentl. Einrichtungen	rd. € 274.718 = ca. 21,8 %
die Pensionsleistungen	rd. € 182.559 = ca. 14,5 % entfielen.

Des weiteren verursachten die Personalkosten der 51 Bediensteten im Alten- und Pflegezentrum, welche in die Graphik nicht miteinbezogen wurden, im Jahr 2007 insgesamt € 1.447.520. Dies bedeutete Anteile von 16,85 % der ordentlichen Einnahmen.

Die Personalakten werden vorbildlich geführt und auch die Überprüfung der Bezugsfestsetzungsblätter gab keinen Grund zur Beanstandung. Die Marktgemeinde ist bemüht, ihren Bediensteten alle möglichen Zulagen u. a. auch auf höhere Entlohnungsgruppen, rechtzeitig zu gewähren.

Allgemeine Verwaltung

Mit den bestehenden Dienstposten wird unserer Ansicht nach das Auslangen gefunden. *Trotzdem ist bei der Durchsicht der Urlaubsstände aufgefallen, dass beinahe bei jedem Bediensteten in der allgemeinen Verwaltung noch eine relativ hohe Menge an Vorjahres-Resturlauben zur Verfügung steht, auf deren Verbrauch verstärktes Augenmerk gelegt werden sollte.*

Handwerklicher Bereich

Der Winterdienst, der insgesamt rd. 120 Straßenkilometer¹ umfasst, wird zu 60 % mittels Fremdleistungen und zu 40 % mittels eigenem Bauhofpersonal durchgeführt.

Die Bereitschaftsentschädigung für den Winterdienst wird insgesamt vier Bediensteten gewährt, welche sich im Winter 2007/08 für den Bauhofleiter auf monatliche € 253,20 sowie auf € 225 für die drei anderen Mitarbeiter belief.

Diese Entschädigung wurde allen Mitarbeitern durchgehend für den Zeitraum November bis März (insgesamt € 4.641²) ausbezahlt.

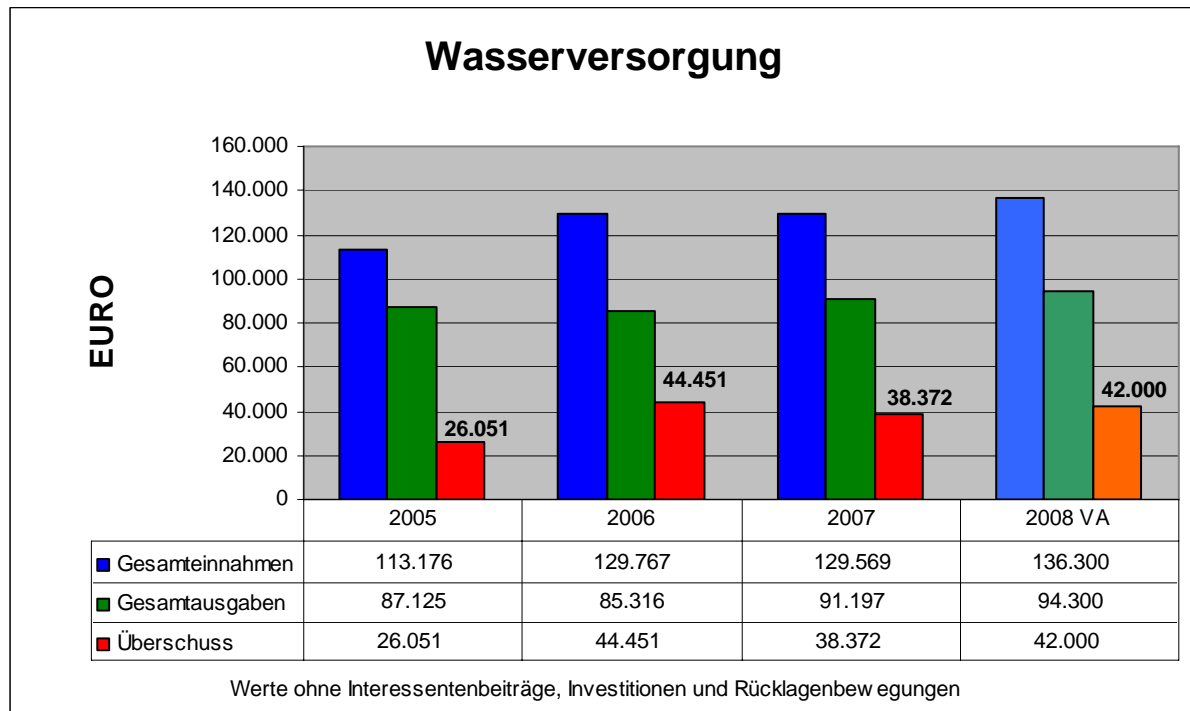
Da im Winter 2007/08 über längere Phasen kein Winterdienst erforderlich war, wird für die Zukunft empfohlen, den Bereitschaftsdienst bei längeren Schönwetterphasen vorübergehend auszusetzen.

¹ inkl. Bezirks-, Landesstraßen, Güterwege, Gehwege und -steige

² € 253,20 x 5 = € 1.266; (€ 225 x 5) x 3 = € 3.375

Öffentliche Einrichtungen

Wasserversorgung



Allgemeines

Das gemeindeeigene Wasserleitungsnetz wurde in neun Bauabschnitten errichtet und weist eine Anschlussdichte, gemessen an der Einwohnerzahl von insgesamt 50,77 % auf.

Das bedeutet, dass rund 2.405 Personen ihr Wasser über die öffentliche Versorgungsanlage beziehen und die restliche Bevölkerung von verschiedenen Wassergenossenschaften versorgt wird.

Der laufende Betrieb der Wasserversorgung wies in den Jahren 2005 bis 2007 durchschnittliche Überschüsse von insgesamt € 36.292 aus.

Im Jahr 2006 errechnete sich bedingt durch höhere Gebühreneinnahmen der höchste Betriebsüberschuss. Dieser wurde allerdings im Jahr 2007 auf Grund von Instandhaltungsmaßnahmen wieder auf rd. € 38.372 reduziert.

Aufgefallen ist in diesem Bereich, dass die Marktgemeinde zur Erweiterung des Quellschutzgebietes rd. 1.137 m² Grundfläche zu einem relativ hohen Grundpreis in der Höhe von € 33/m² (= € 37.520) ankaufte. Dieser wird bis zum Jahr 2022 in Raten entrichtet. Neben diesen Kosten wird den umliegenden Grundanrainern eine jährliche Entschädigung im Hinblick auf die verminderte Bodenfruchtbarkeit in der Höhe von rd. € 4.790¹ gewährt.

Gebührenhaushalt

In den vergangenen Jahren wurden jeweils die vorgesehenen Mindestbenutzungsgebühren des Landes OÖ. eingehoben. Zudem lagen bzw. liegen die Mindestanschlussgebühren mit einer Höhe von € 1.652 exkl. USt. in den letzten Jahren jeweils geringfügig über der vom Land OÖ. vorgegebenen Anschlussgebühr.

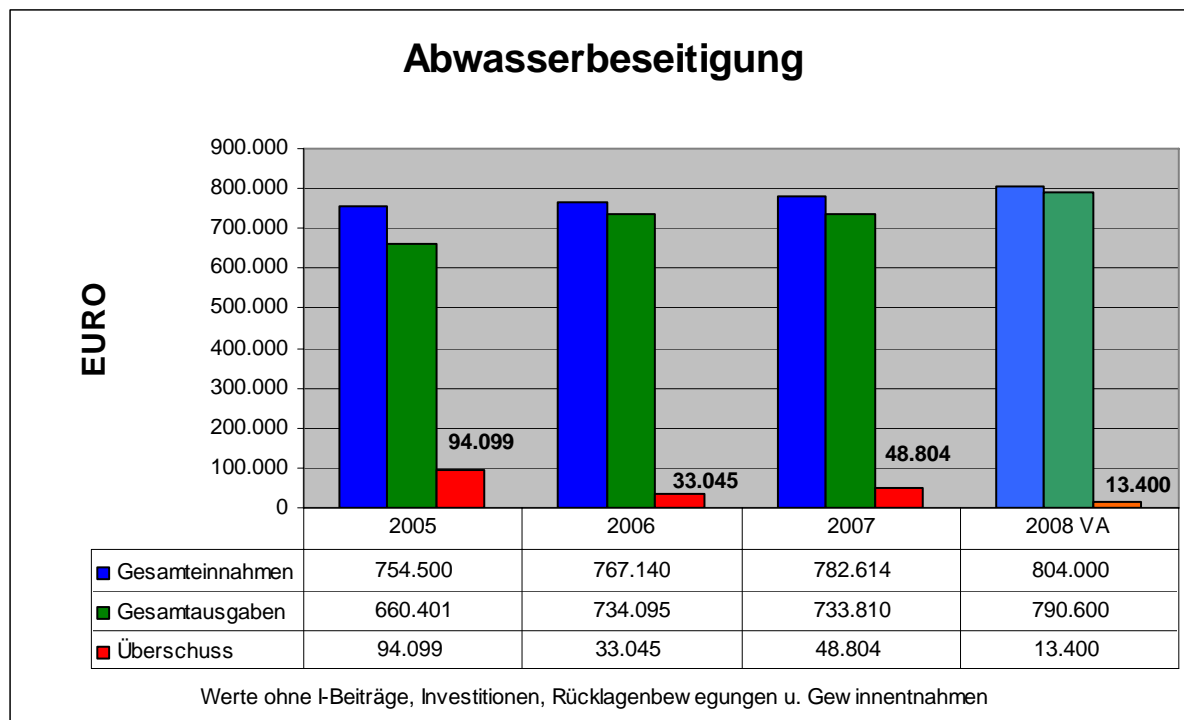
Gemäß der Gebührenkalkulation liegt die ausgabendeckende Benutzungsgebühr im Jahr 2006 bei € 0,95 und wird bis zum Jahr 2011 auf ca. € 1,23 ansteigen.

¹ abzgl. 20 % Entschädigungsanteil (€ 957,82) von der Gemeinde Pfaffing

Bedingt durch die Sanierungsmaßnahmen des Wasserleitungsnetzes ist mit einem Anstieg der kostendeckenden Benützungsg Gebühr voraussichtlich von € 1,42 (2006) auf € 1,89 (2011) zu rechnen, welche die jährlichen Betriebsüberschüsse dementsprechend sinken lässt.

Eine Verwaltungskostentangente wurde in den Betriebsausgaben bisher nicht berücksichtigt. Bei Einrechnung einer solchen hätten sich die jährlichen Überschüsse ebenfalls geringfügig vermindert. *Im Hinblick auf die Kostenwahrheit ist diese in die Gebührenabrechnung mit einzubeziehen.*

Abwasserbeseitigung



Allgemeines

Das von der Marktgemeinde errichtete Ortskanalnetz sieht bisher insgesamt 9 Bauabschnitte vor, wobei die Anschlussdichte derzeit bei rund 87,84 % liegt. Mit dem BA 10 – Baubeginn voraussichtlich 2009 – wird der vorläufig geplante Endausbau erreicht.

Die Reinigung der Abwässer erfolgt in den Kläranlagen der Reinhaltverbände Vöckla-Ager und Vöckla-Redl.

Die stark schwankenden jährlichen Betriebsüberschüsse im gesamten Beobachtungszeitraum sind jeweils stark vom Anstieg der Annuitätzahlungen bzw. Transferleistungen an den RHV abhängig, der diese im Jahr 2006 und voraussichtlich im Jahr 2008 sinken lässt. Einnahmenseitig ist ein jährliches Plus erkennbar, das größtenteils auf die steigenden Kanalbenützungsgebühren bzw. Annuitätzuschüsse des Bundes zurückzuführen ist.

Gebührenhaushalt

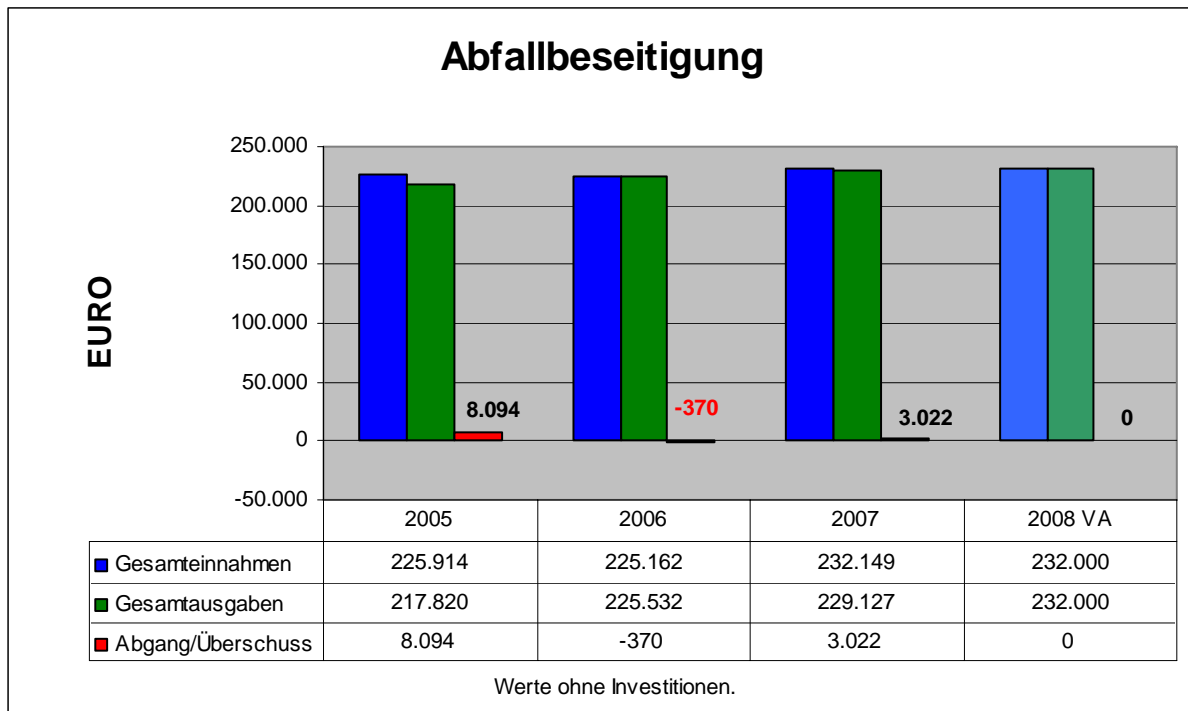
Auch in diesem Bereich wurden die Benützungsgebühren gemäß den Erlässen des Amtes der oö. Landesregierung eingehoben. Die über mehrere Jahre festgesetzte Mindestanschlussgebühr (€ 2.940 exkl. USt.) lag jeweils geringfügig über der vom Land OÖ. vorgegebenen Anschlussgebühr und liegt auch im Jahr 2008 nach wie vor darüber.

Ausgehend von einer zu entsorgenden Wassermenge in der Höhe von 165.730 m³ und einer vereinnahmten Benützungsgebühr je m³ in der Höhe von € 2,80 (exkl. USt.) ergab sich mit den Zahlen des Rechnungsabschlusses 2006 eine betriebswirtschaftlich kostendeckende Gebühr je m³ von € 5,37 und eine ausgabendeckende Gebühr von € 4,43, welche sich auf Grund der Erweiterung der Abwasserbeseitigungsanlage noch weiter erhöhen wird.

Auf Grund der wirtschaftlich positiven Ergebnisse im Bereich der Abwasserbeseitigung sind, unter der Voraussetzung, dass weiterhin eine jährliche Anpassung der vom Land OÖ. festgesetzten Mindestgebühren erfolgt, keine unmittelbaren Maßnahmen erforderlich.

Künftig wäre jedoch im Hinblick auf die Kostenwahrheit darauf zu achten, dass eine Verwaltungskostentangente Berücksichtigung in der Gebührenabrechnung findet.

Abfallbeseitigung



Die Gebarung der Abfallbeseitigung wies im Prüfungszeitraum mit Ausnahme des Finanzjahres 2006 positive Betriebsergebnisse aus. Hauptverantwortlich für den Abgang im Jahr 2006 waren neben den stagnierenden Einnahmen die höheren Ausgaben im Bereich der Abfallabfuhr.

Die seit dem Jahr 2000 gültigen Abfallgebühren wurden ab Jänner 2007 um durchschnittliche 2,65 % angehoben, damit weiterhin positive Betriebsergebnisse gewährleistet sind.

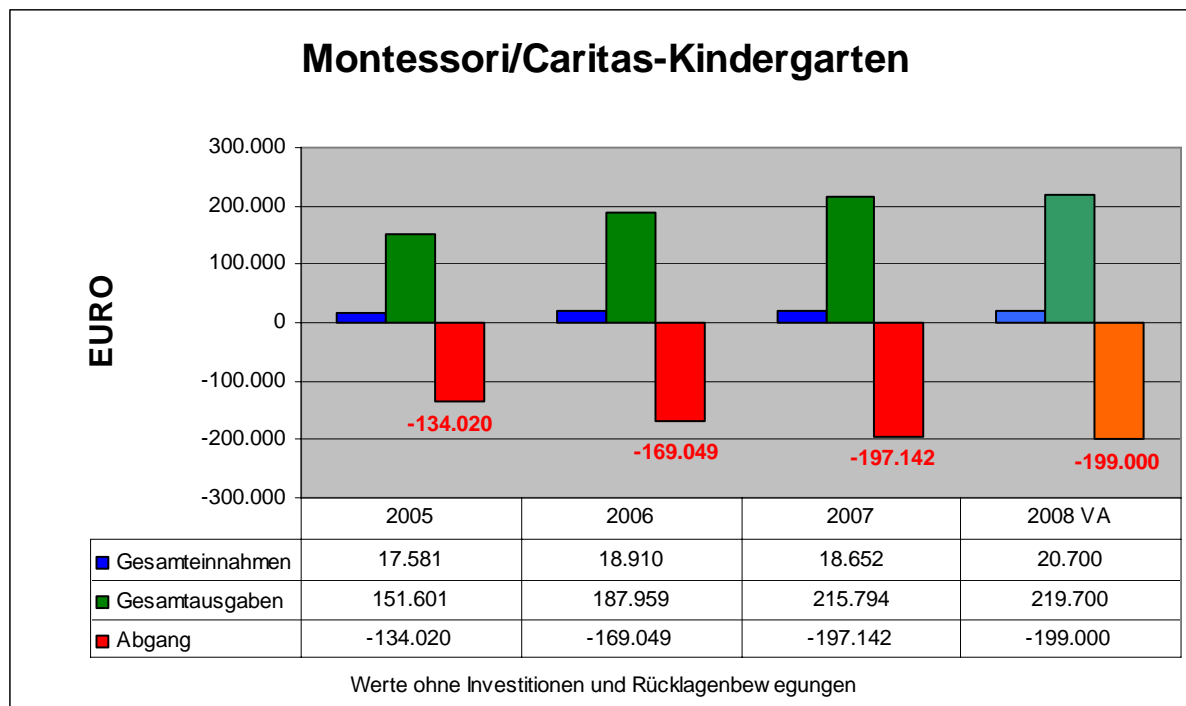
Auf Grund der in den letzten Jahren erwirtschafteten Überschüsse sind in diesem Bereich derzeit keine unmittelbaren Maßnahmen im Gebührenbereich erforderlich.

Sorgfältige Kalkulationen und jährliche Indexanpassungen der Gebühren, sollten auch weiterhin - unter Berücksichtigung einer bisher nicht verrechneten Verwaltungskostentante - positive Betriebsergebnisse gewährleisten.

Abschließend zu diesem Kapitel empfehlen wir, die jährlichen Betriebsüberschüsse einer zweckgebundenen Rücklage zuzuführen, um eventuelle Schwankungen ausgabenseitig abdecken zu können.

Für die Entsorgung kompostierbarer Abfälle haben mehrere Gemeinden im Jahr 1997 eine Gemeinschaftsanlage errichtet, wofür die Marktgemeinde rd. € 24.000 leistete. Mit dem Betreiber der Anlage besteht eine entsprechende vertragliche Vereinbarung, welche bis 1.1.2014 ohne Kündigungsrecht läuft.

Kindergärten



Montessori und Caritas-Kindergarten

Die beiden gemeindeeigenen Kindergärten werden zum einen vom Verein Montessori und zum anderen von der Pfarrcaritas geführt und verursachten in den letzten drei Jahren durchschnittliche Abgänge in der Höhe von rd. € 166.737.

Für den Anstieg der Ausgaben von 2005 auf 2006 war die höhere Besucheranzahl (+19 Kinder) im Caritas-Kindergarten, die somit mehr Personalaufwand erforderte, hauptverantwortlich. Neben den allgemeinen Bezugserhöhungen stieg der jährliche Betriebsabgang der beiden Kindergärten von 2006 auf 2007 nochmals um rd. € 28.093, der sich aus Instandhaltungsarbeiten und Bauhofleistungen für den Spielplatzneubau sowie aus Besoldungsleistungen auf Grund von Neuaufnahmen zusammensetzte.

Zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen in den Kindergärten werden von der Marktgemeinde laufend a-conto-Zahlungen getätigt.

Die insgesamt 114 Kinder (2007/08) des 6-gruppigen Caritas-Kindergarten (samt einem Integrationskind) werden unserer Ansicht nach von einer angemessenen Personalanzahl betreut. Diese setzt sich folgendermaßen zusammen:

1 Leiterin (Beschäftigungsausmaß 70 %)
 7 Kindergärtnerinnen (Besch. ausmaß: 3 x 100 %; 2 x 71,25 %; 1 x 68,75 %; 1 x 66,88 %)
 6 Helferinnen (Besch. ausmaß: 1 x 62,50 %; 1 x 56,25 %; 2 x 55 %; 1 x 52,50 %; 1 x 40,63 %)

Der Montessori-Kindergarten wird 2007/08 eingruppig mit insgesamt 19 Kindern (inkl. einem Integrationskind) geführt. Die Betreuung wird von

1 Leiterin (Beschäftigungsausmaß 100 %)
 1 Kindergärtnerin (Beschäftigungsausmaß 90 %) und von
 1 Stützkraft (Beschäftigungsausmaß 37,5 %) vorgenommen.

Ausgehend von einer durchschnittlichen Gesamtbesucheranzahl von 137 Kindern (Montessori und Caritas) ergab sich im Jahr 2007 ein Abgang von rd. € 1.439 pro Kind und liegt über dem Bezirksdurchschnitt (€ 1.166) des Jahres 2006¹.

Weitere Einrichtungen

Zusätzlich zu den bestehenden Kindergärten besuchten im Jahr 2006/07 noch 8 Kinder den Caritaskindergarten in Zipf, die Kosten von insgesamt € 10.636 (rd. € 1.330 pro Kind und Jahr) verursachten.

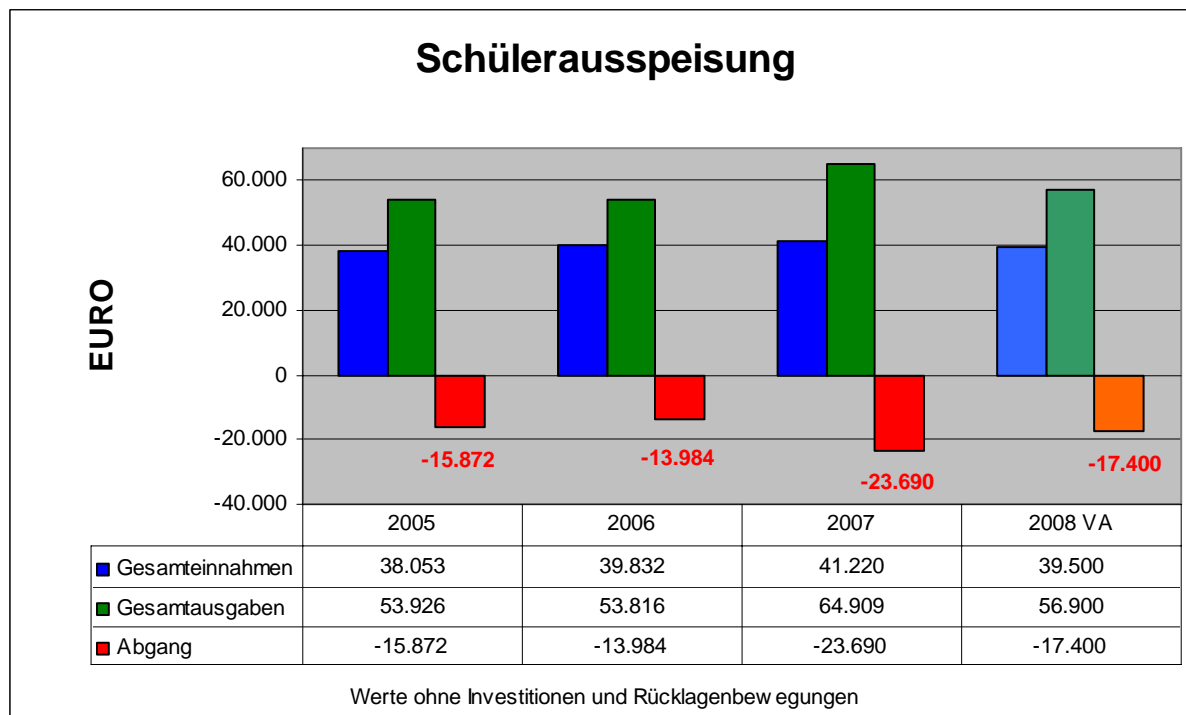
Außerdem befinden sich in der Marktgemeinde privat organisierte Einrichtungen, für die zur Betreuung der Kinder fixe Zuschüsse geleistet werden:

Kinderstube	€ 119,18 pro Kind/Monat
Kindergarten	€ 152,00 pro Kind/Monat (= € 1.520 pro Jahr – exkl. USt.)
Schülerhort	€ 42,30 bei einer Betreuung von 4 – 5 Tagen
	€ 33,60 bei einer Betreuung bis 3 Tagen
	€ 26,40 bei einer Betreuung von 1 – 2 Tagen
Verein Tagesmütter	€ 109,00 pro Kind/Monat

Die Marktgemeinde musste auf Grund der oben angeführten Zuschüsse im Finanzjahr 2007 Beiträge in der Höhe von € 25.224 für den Kindergarten, € 5.790 für die Kinderstube und € 3.315 für den Schülerhort aufwenden.

¹ Die Durchschnittsdaten des Finanzjahres 2007 liegen derzeit noch nicht vor.

Schülerausspeisung



Die Zubereitung der Essen für die Ausspeisung erfolgt im Alten- und Pflegezentrum, welche für insgesamt zwei Kindergärten sowie für die Kinderstube, die Volks-, Haupt- bzw. die Polytechn. Schule angeboten wird.

Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug im Jahr 2006 insgesamt 1.947 Personen, im Jahr 2007 2.019 Personen und hat sich im laufenden Jahr auf 1.860 Personen verringert.

Der im Jahr 2007 wesentlich höhere Betriebsabgang ist vor allem auf die steigenden Vergütungsbuchungen zurückzuführen, die im Sinne der Kostenwahrheit vorgenommen wurden. Auch im Bereich der Personalkosten schlugen sich rd. € 8.750 auf Grund der Pensionierung einer Bediensteten zu Buche.

Für die Zubereitung der Speisen stehen derzeit eine Köchin mit einem Beschäftigungsausmaß von 45 % und eine Küchengehilfin mit 50 % zur Verfügung. Dieser Personaleinsatz kann unserer Ansicht nach als sparsam eingestuft werden.

Ausgehend von den Ausgaben im Jahr 2007 (€ 64.909) und von einer ausgegebenen Portionsmenge von 14.514 errechnet sich ein durchschnittlicher ausgabendeckender Portionspreis in der Höhe von € 4,47.

An Hand der vorliegenden Unterlagen errechnet sich ein durchschnittlicher Lebensmittelaufwand von € 2,10 pro Portion, welcher sich je nach Gewichtung der Portionen (z.B. 50 % für Kindergärten) dementsprechend verändert.

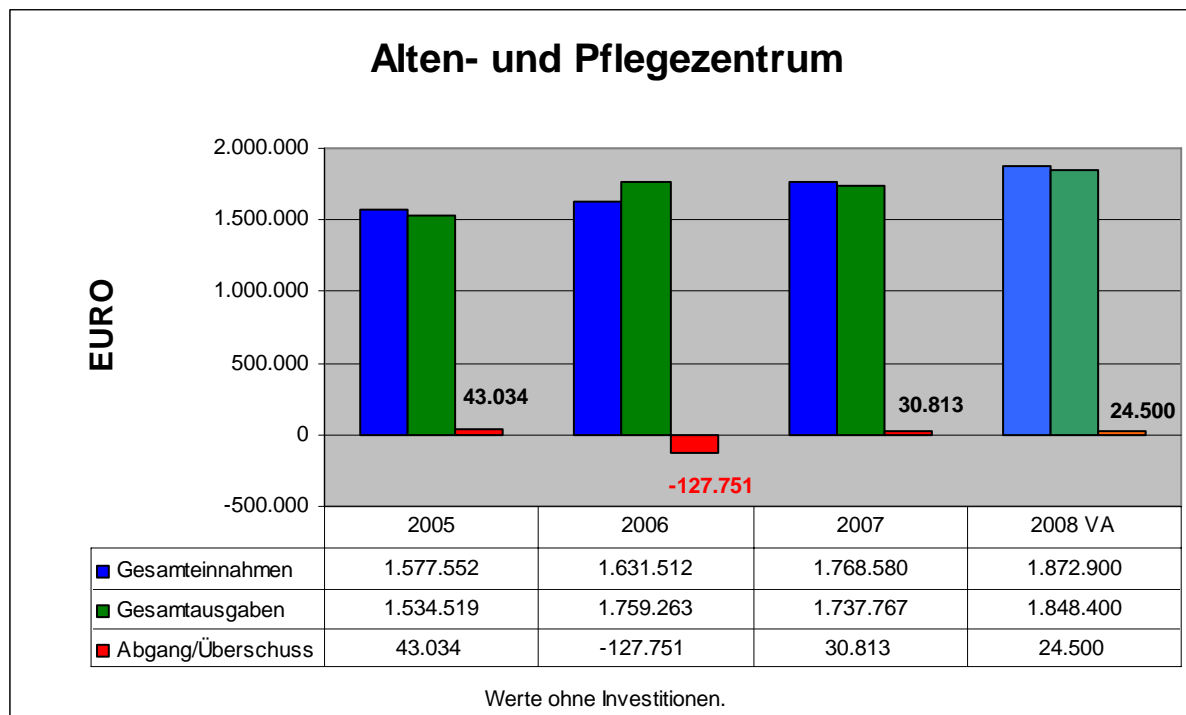
Ab 1.1.2007 werden folgende privatrechtliche Entgelte eingehoben, wobei hier auch auf die Gewichtung der Essensportionen Rücksicht genommen wurde:

Kinderessen	€ 1,80
Personalesse u. Schülerausspeisung	€ 2,20
Lehreressen	€ 3,00

Auf Grund des Erlasses des Amtes der oö. LR¹ sind spätestens ab dem Schuljahr 2008/09 zumutbare Mindestentgelte pro Portion für Kindergartenkinder in der Höhe von € 2,00 sowie für das Personal in der Höhe von € 2,60 vorzusehen.

¹ IKD(Gem)-511001/251/2008-JI/Pü vom 8.1.2008

Alten- und Pflegezentrum



Das von der Marktgemeinde betriebene Alten- und Pflegezentrum hat in den vergangenen drei Jahren lediglich 2006 einen – allerdings beträchtlichen – Fehlbetrag verursacht.

Verantwortlich dafür war unter anderem die hohe Fluktuation von Heimbewohnern mit hohen Pflegestufen, an deren Stelle Bewohner mit teils niedrigeren Pflegestufen nachgerückt sind. Der hohen Fluktuation sind vorübergehend gleichbleibende Personalkosten sowie Mindereinnahmen von Pflegezuschlägen gegenübergestanden.

Festzustellen war zudem, dass der Personaleinsatz im Jahr 2005 weit unter und im Jahr 2007 von März bis September geringfügig unter dem Personalschlüssel gemäß Oö. APHVO lag.

Nach Auskunft der Gemeindebediensteten wurde der Fehlbetrag des Jahres 2006 aus Mitteln des ordentlichen Haushaltes getragen, welcher mit den jährlichen Überschüssen der Jahre 2005, 2007 und 2008 gegen verrechnet wird.

Zum Unterschied zu den anderen öffentlichen Einrichtungen sind in der oben angeführten Graphik die Rechnungsabschlussergebnisse (inkl. Rücklagen) dargestellt, da im laufenden Betrieb von Alten- und Pflegeheimen auch angemessene Zuführungen zu Instandhaltungsrücklagen einzubeziehen sind, die wiederum in die Kalkulation der Heimentgelte aufzunehmen sind.

Derartige Rücklagenbewegungen¹ erfolgten im gesamten Beobachtungszeitraum, welche allerdings als zu gering bemessen erscheinen, da beispielsweise im Jahr 2007 für Instandhaltungsmaßnahmen insgesamt € 23.150 verausgabt wurden.

Ausgehend von einem Richtwert von € 1,09 bis € 1,82 pro Heimbewohner (dzt. 71 Personen) und 365 Tagen würden sich die Rücklagen auf rd. € 28.250 belaufen, welche auch – mit Ausnahme des Jahres 2008 - künftig annähernd in dieser Höhe angesetzt werden sollten.

Folgende Leistungsentgelte sind für die Jahre 2007 bzw. 2008 festgelegt worden:

Zimmerkategorie	2007 (exkl. Mwst.)	2008 (exkl. Mwst.)
1-Bett-Zimmer m. Balkon	€ 51,48	€ 57,13
1-Bett-Zimmer o. Balkon	€ 47,23	€ 52,43
2-Bett-Zimmer m. Balkon	€ 41,73	€ 46,33

¹ 2005: € 2.832; 2006: € 2.332; 2007: € 3.925; 2008 VA: € 9.600;

1-Bett-Zimmer klein	€ 36,13	€ 40,12
2-Bett-Zimmer o. Balkon	€ 39,88	€ 44,28

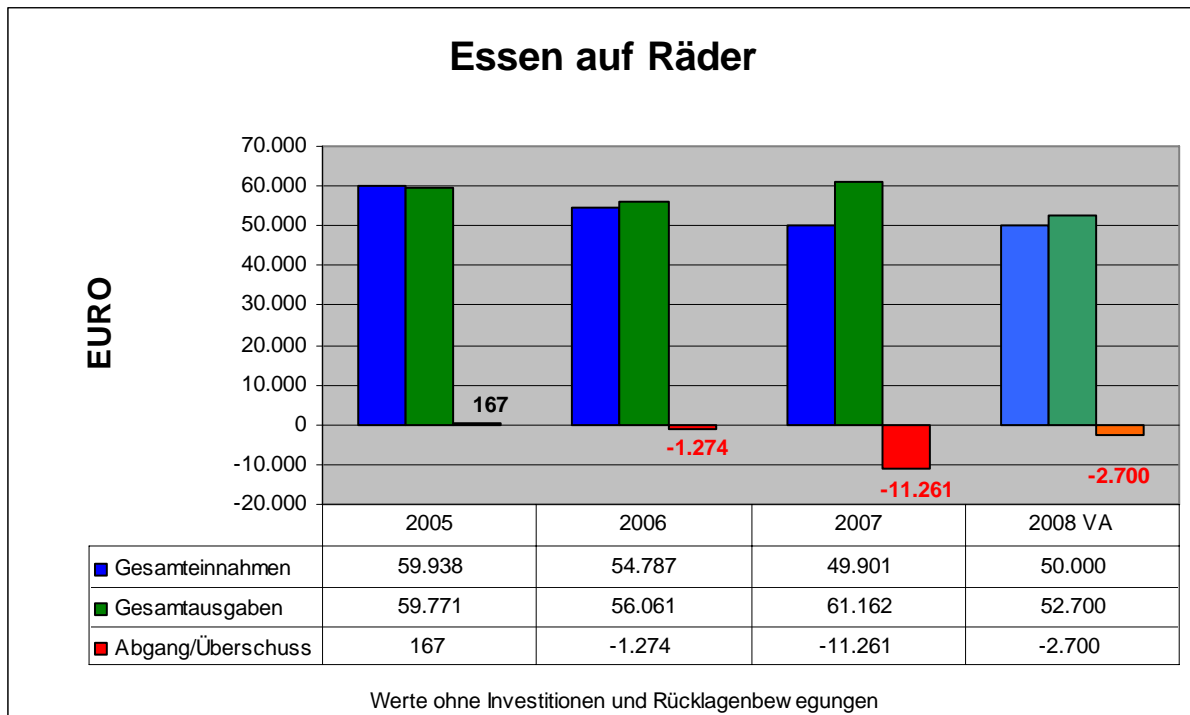
Erwähnenswert ist unter anderem, dass der Anteil der Selbstzahler bei hohen 23,54 % liegt.

Auf Grund der Nichterfüllung des unter § 7 der Oö. Alten- und Pflegeheimverordnung normierten baulichen und technischen Standards, besteht für das Alten- und Pflegezentrum eine Ausnahmegewilligung der Sozialabteilung des Landes OÖ.

Eine Anpassung der Standards erfolgt durch den geplanten Erweiterungsumbau mit Baubeginn 2008. Für diesen Zubau ist eine Erhöhung von 74 auf 77 Betten vorgesehen, wofür Gesamtkosten von rd. € 3,1 Mio. veranschlagt wurden.

Abschließend zu diesem Kapitel schlagen wir vor, diese öffentliche Einrichtung in einen Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit umzuwandeln und künftig unter dem Unterabschnitt 859 zu führen.

Essen auf Räder



Im Jahr 1989 wurde die Aktion "Essen auf Räder" eingeführt. Die Zubereitung der Speisen erfolgt im Alten- und Pflegezentrum und die Zustellung wurde bis 2007 wochentags durch das Rote Kreuz und an den restlichen Tagen von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt. Die aufgewendeten Personalkosten des Roten Kreuzes wurden der Marktgemeinde in Rechnung gestellt (2006: rd. € 13.500).

Ab dem Jahr 2007 wird die Zustellung von gemeindeeigenem Personal vorgenommen, wobei hier grundsätzlich davon ausgegangen werden kann, dass in diesem Bereich eine Personalkosteneinsparung von beinahe 50 % ermöglicht wird.

Der laufende Betrieb verursachte im Jahr 2006 einen Abgang von rd. € 1.274, der sich im Jahr 2007 auf insgesamt € 11.261 erhöhte. Dieser hohe Abgang begründet sich durch die Anpassung der Vergütungsbuchungen im Sinne der Kostenwahrheit.

Mitverantwortlich für die stetige Einnahmenverringerung ist auch der Rückgang der verkauften Anzahl der Portionen. Diese betragen im Jahr 2005 noch 12.058 und reduzierten sich im Jahr 2007 auf insgesamt 9.873, wodurch es sich hier um eine Abnahmeverringerung von durchschnittlich 6 Personen pro Tag handelt.

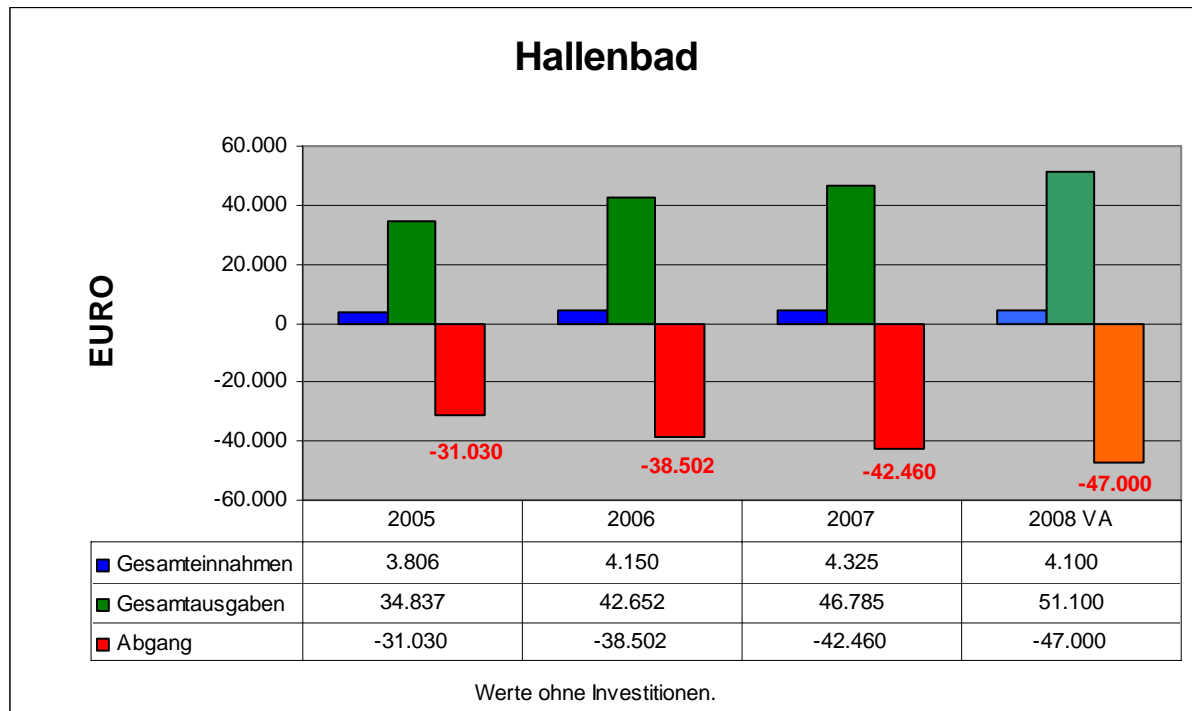
Ausgehend von den Ausgaben im Jahr 2007 (€ 61.162) und 9.873 verkauften Portionen ergeben sich Ausgaben von € 6,19 pro Portion.

Tatsächlich verrechnet werden ab 1.1.2007 € 5,25 pro Portion und für Ausgleichszulagenbezieher € 4,40 pro Portion, jeweils inkl. MWSt. Es werden lediglich Senioren ab der Pflegestufe 1 und auch Personen der angrenzenden Gemeinde Pfaffing mitverpflegt, wofür diese Gemeinde einen Kostenanteil in der Höhe von € 2,18 pro Portion leistet.

Sollte der Abgang im Jahr 2008 höher als € 2.700 sein, wäre in diesem Bereich wieder eine dementsprechende Anpassung der Portionsentgelte vorzunehmen.

Eine Erhöhung des Portionspreises von € 5,25 auf beispielsweise € 5,50 würde bei einer in etwa gleichen Abnahmemenge (9.873) Mehreinnahmen von rd. € 2.470 bringen.

Hallenbad



Das derzeit noch sehr desolate Lehrschwimmbecken verursachte in den vergangenen drei Jahren Abgänge von insgesamt € 111.992.

Das Hallenbad samt Buffetbetrieb war in den vergangenen Jahren verpachtet. Ab Februar 2006 wurde allerdings der Pächter als ganztags beschäftigter Bediensteter aufgenommen, welcher zu 30 % im Bereich des Hallenbades und zu 70 % in der Saunawelt beschäftigt ist. Diese Personalkosten begründen, neben den laufend steigenden Instandhaltungsleistungen und Betriebskosten, die sich verschlechternden Betriebsergebnisse. Zusätzlich fielen im Jahr 2007 rund € 4.700 an Vergütungsleistungen (Schulwart, Bauhof, Fuhrpark) an.

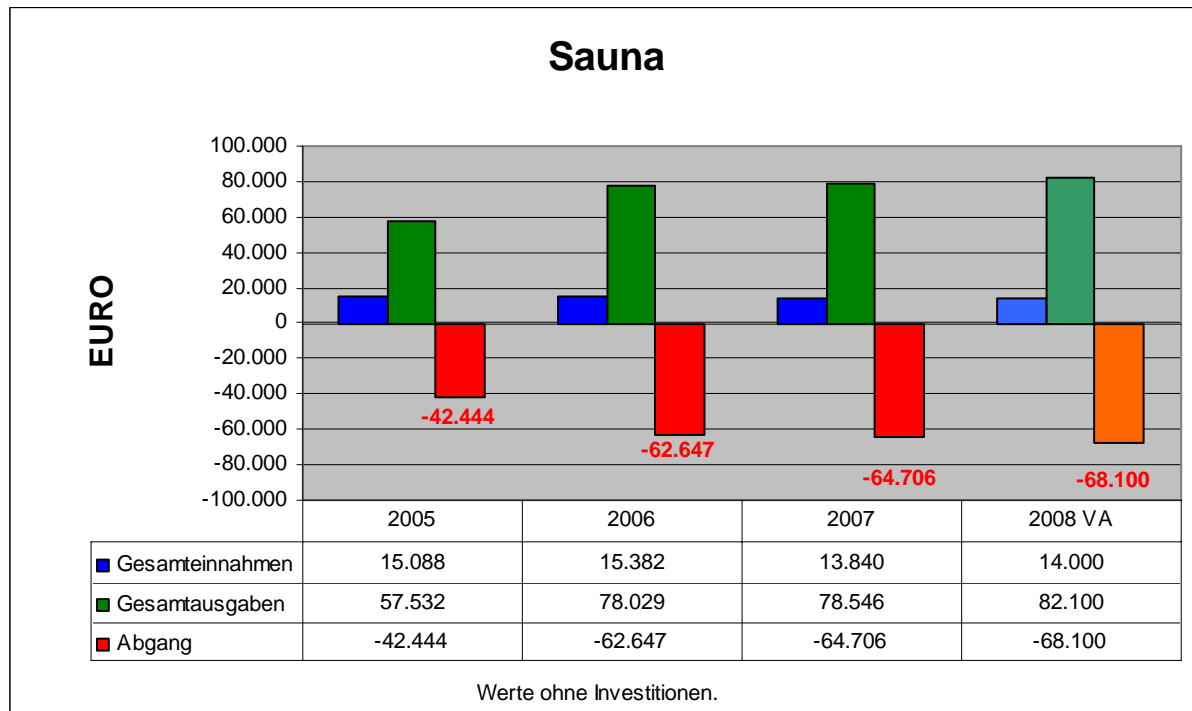
Für das Jahr 2009 ist eine Generalsanierung des Hallenbadbereiches mit einem Gesamtvolumen von insgesamt 2,6 Mio. € vorgesehen.

Derzeit wird das Hallenbad für die Öffentlichkeit von Dienstag bis Samstag von 13 h bis 22 h und an Sonn- und Feiertagen von 9 h bis 19 h offen gehalten.

Die Badetarife betragen für	Erwachsene	€ 2,50
	Kinder	€ 1,70
	Schulen	€ 1,30

Kurz vor dem Umbau dieser Einrichtung ist unserer Ansicht weder ein Einsparungspotential bzw. Verbesserungsvorschlag möglich. *Nach der Adaptierung sind auf alle Fälle die Eintrittspreise dementsprechend neu anzupassen.*

Sauna



Die im Bereich des Hallenbades betriebene und vor rund drei Jahren neu adaptierte Saunaanlage verzeichnete in den letzten Jahren erhebliche, stark steigende Abgänge von insgesamt € 169.797, die den ordentlichen Haushalt in einer kaum vertretbaren Höhe belasteten.

Die Personalkosten (rd. € 19.700 jährlich) spielten hier ebenso wie die Ausgaben für das Finanzierungsleasing (rd. € 35.600 jährlich) eine wesentliche Rolle.

Die Marktgemeinde wird sich auf Grund der Abgangsentwicklung mit dem Fortbestand in der jetzigen Form auseinander setzen müssen, zumal ein Abgang in dieser Größenordnung im Sinne einer wirtschaftlichen Gebarungsführung aus unserer Sicht nicht mehr vertreten werden kann.

Wir sehen daher für den künftigen Saunabetrieb Handlungsbedarf, welcher mit folgenden Maßnahmen – speziell nach der Neuadaptierung des Hallenbades – vorgenommen werden sollte:

- Analyse der Besucherströme;
- Ausrichtung der Öffnungszeiten auf das Besucherverhalten;
- eventuell Rücknahme der Öffnungszeiten an speziellen Tagen – wodurch Personaleinsatz gespart werden kann
- effizientere Werbemaßnahmen
- Anreize für spezielle Besuchergruppen (Senioren, ...)

Gemeindevertretung

Bürgermeisterbezug und Aufwandsentschädigungen

Sitzungsgelder

Die stichprobenartige Einschau betreffend Auszahlungsanordnungen an Mandatare hat keinen Grund zur Beanstandung ergeben.

Das Sitzungsgeld beträgt 1,5 % des Bezuges für einen nicht hauptberuflichen Bürgermeister gem. § 2 Abs. 1 Oö. Gemeinde-Bezügegesetz.

Im Hinblick auf die möglichen Höchstgrenzen (3 % der vorhin angeführten Bemessungsgrundlage) kann der Marktgemeinde ein sparsamer Umgang mit Sitzungsgeldern für Mandatare bestätigt werden.

Bei der stichprobenweise Überprüfung der Abrechnungsunterlagen konnten keine Mängel festgestellt werden.

Verfügungsmittel und Repräsentationsausgaben

Die Verfügungs- und Repräsentationsmittel des Bürgermeisters wurden im gesamten Beobachtungszeitraum (2005 bis 2007) jeweils weit unter der gesetzlich möglichen Höchstgrenze (3 bzw. 1,5 von Tausend der veranschlagten ordentlichen Gesamtausgaben) beansprucht. Daraus ergab sich in diesem Zeitraum eine Einsparung in der Höhe von insgesamt €75.872, wodurch dem Bürgermeister ein sparsamer Umgang bestätigt wird.

Weitere wesentliche Feststellungen

Feuerwehrwesen

In der Marktgemeinde gibt es neun Feuerwehren. In den vergangenen drei Jahren wurde das Budget mit insgesamt € 169.156 belastet. Berücksichtigt man die für die Errichtung der FF-Zeugstätte Vöcklamarkt zu leistenden Leasingraten¹, ergeben sich durchschnittliche Kosten von €56.386 für den laufenden Betrieb aller Feuerwehren.

Auf die Einwohnerzahl nach der letzten Volkszählung² umgelegt, entfielen für das Feuerwehrwesen 2007 auf jeden Einwohner €5,03 und unter Einbeziehung der Leasingbelastung € 9,88 je Einwohner. Diese Kopfquote ist im Vergleich zum Bezirksdurchschnitt (2006: € 11,34) im unteren Bereich angesiedelt.

Förderungen und freiwillige Ausgaben

Die Gesamtausgaben für die freiwilligen Aufwendungen lagen im Jahr 2007 bei insgesamt €493.724,46, das sind von den Jahreseinnahmen gerechnet rd. 4,78 %.

Nach den derzeit geltenden Richtlinien fiel auf die freiwilligen Ausgaben "ohne Sachzwang" ein Betrag von € 83.188, woraus sich auf die Einwohner umgelegt ein Fördersatz von €17,47 ergab.

Eine weitere Überschreitung des von der Aufsichtsbehörde bekannt gegebenen Richtsatzes (€ 15 je Einwohner) erfolgte auch im Jahr 2005, welche sich auf €23,69 errechnete.

Dazu sind die im Jahr 2005 gewährten einmaligen Wirtschaftsförderungen an zwei Betriebe in der Höhe von rd. € 38.200 zu erwähnen. Hier wurden jeweils die gesetzlich einzuhebenden Aufschließungskosten für Wasser, Kanal sowie für Verkehrsflächen refundiert. Und zudem sind noch insgesamt € 2.700 unter dem Titel "Refundierung Planungskosten" an einen Betrieb in Förderraten (2006 + 2007) ausbezahlt worden.

Wir verweisen auf die jeweiligen Fördererlässe des Amtes der öö. Landesregierung, in denen Wirtschaftsförderungen nur im Zusammenhang mit der Schaffung von gänzlich neuen Arbeitsplätzen stehen und die Höhe dieser Förderungen maximal 50 % der zu entrichtenden Kommunalsteuer für höchstens drei Jahre betragen dürfen.

¹ durchschnittl. jährl. Leasingrate: € 30.990

² 4.763 Einwohner

Auf Grund der im Jahr 2008 veranschlagten Förderausgaben in der Höhe von € 17,47 je Einwohner hat die Marktgemeinde in diesem Bereich Handlungsbedarf. Die Ausgaben wären unter Berücksichtigung der 15 €-Grenze zu kürzen.

Nahwärme

Die Marktgemeinde Vöcklamarkt hat sich mit einer 20 %igen Stammeinlage (€7.000) an einem Biomasse-Fernwärmeprojekt beteiligt.

Die Nahwärme GesmbH wird künftig von einem im Ort ansässigen Wärmeerzeuger zu einem Preis von € 29/MWh zzgl. Mwst.¹ beliefert, womit mitunter die öffentlichen Gebäude der Marktgemeinde versorgt werden sollen.

Die Kosten für die künftige Lieferperiode setzen sich wie folgt zusammen:

Grundpreis:	€ 15 + € 3 USt. =	€ 18 je KW Anschlussleistung u. Verrechnungsjahr
Arbeitspreis:	€ 40 + € 8 USt. =	€ 48 je MWh
Messgebühr:	€ 163,27 + € 32,54 USt =	€ 195,92 je Jahr

Diese angegebenen Werte entsprechen annähernd den Vorgaben des Landes Oö., welche sich allerdings erst nach Inbetriebnahme der Anlage bestätigen können. Der Anschlusswert pro kW für einen Hausanschluss in der Höhe von € 60 (brutto) liegt ebenfalls im Rahmen der Vorgaben.

Musikschule

Im Jahr 2005 wurde die Musikschule auf Leasingbasis neu gebaut.

Die Nettoausgaben der Marktgemeinde beliefen sich für diese öffentliche Einrichtung im Jahr 2007 auf € 67.747.

Die Betriebsergebnisse² wiesen im gesamten Prüfungszeitraum durchschnittliche Abgänge von € 60.465 auf.

Bei einer Schüleranzahl von 187 im Jahr 2007 ergibt dies eine Subventionierung pro Schüler von insgesamt € 324, die sich nach Abzug der jährlichen Leasingrate (€ 37.015) auf € 126,20 pro Schüler reduziert.

Bauhof

Im Bereich des Bauhofes werden für das Gemeindegebiet mit einem Flächenausmaß von 27,36 km² insgesamt sechs vollbeschäftigte Mitarbeiter eingesetzt, mit denen unserer Ansicht nach das Auslangen gefunden wird.

Diese haben neben den allgemeinen Aufgaben (Straßennetz, Winterdienst) auch die Außenpflege der öffentlichen Gebäude³ in der Marktgemeinde, die Wasserversorgung sowie das Kanalnetz zu betreuen. Zusätzlich werden sie auch für Aufforstungsarbeiten (z.B. nach einem Sturm) im 19 ha großen gemeindeeigenen Wald herangezogen.

Ein vollbeschäftigter Mitarbeiter wird auf Grund seines Gesundheitszustandes ausschließlich für Arbeiten im Altstoffsammelzentrum sowie für Reinigungsarbeiten des Hauptplatzes verwendet.

Der ordentliche Haushalt wurde mit Personalkosten im Jahr 2007 mit insgesamt € 206.770 belastet.

Zusätzlich wurden noch Fremdleistungen in der Höhe von € 17.103 zugekauft, welche sich ausschließlich auf den Winterdienst beschränkten.

¹ Dieser Basispreis wäre bis 30.6.2009 garantiert.

² Einnahmen minus Ausgaben (exkl. Investitionen)

³ Volks-, Hauptschule, 3 Kindergärten

Außerordentlicher Haushalt

Allgemeines

In den vergangenen Jahren gab es in der Marktgemeinde rege Bautätigkeiten.

An Hand des Rechnungsabschlusses 2007 zeigen derzeit lediglich vier Vorhaben unausgeglichene Ergebnisse auf, die zusammen einen Soll-Überschuss von € 225.736 aufweisen.

Laut mittelfristigen Finanzplan sind ab dem Jahr 2009 wieder zahlreiche Bauvorhaben vorgesehen, die einem Finanzierungsvolumen von rd. 12,68 Mio. € unterliegen. Die wesentlichsten werden im Folgenden aufgezählt:

➤ Zu- und Umbau Alten- und Pflegezentrum	2,9 Mio. €
➤ Sanierung Volksschule/Lehrschwimmbecken	2,6 Mio. €
➤ Neubau/Umbau Amtshaus	1,6 Mio. €
➤ Tanklöschfahrzeug FF-Vöcklamarkt	243.600 €
➤ Neubau Sportplatz	510.000 €
➤ Gemeindestraßenbau	461.000 €
➤ Hochwasserschutz Reichenthalheim	325.500 €
➤ Ankauf Grundstücke f. ASZ und Bauhof	192.000 €
➤ Erweiterung und Sanierung Wasserversorgungsanlage	750.000 €
➤ WVA: Brunnen Reichenthalheim	197.400 €
➤ WVA: BA 07	150.000 €
➤ Kanalerweiterung Betriebsbaugebiet Haid	210.000 €
➤ Ortskanalisation BA 10	930.000 €

Die überwiegend positiven außerordentlichen Haushaltsergebnisse der Vorjahre zeigen deutlich, dass die Marktgemeinde ausreichende Anteilsbeträge des ordentlichen Haushaltes aufzubringen in der Lage war und bei der Vorhabensplanung auf ihr Leistungsvermögen entsprechend Bedacht genommen hat.

Im Zusammenhang mit dem Baustopp der Sanierung Volksschule/Lehrschwimmbecken, welche im Anschluss erläutert wird, kann der Marktgemeinde ebenfalls eine verantwortungsbewusste Vorgangsweise bestätigt werden, da auf Grund der ungewissen Finanzierung bzw. der hohen anfallenden Vorfinanzierungskosten die Bautätigkeit eingestellt wurde.

Die mittelfristige Finanzplanung signalisiert für die Folgejahre eine Verschlechterung der finanziellen Lage, welche mitunter durch die Vielzahl der künftigen Bauvorhaben hervorgerufen wird, die auch dementsprechende Folgekosten verursachen.

Die Marktgemeinde hat daher die außerordentlichen Vorhaben weiterhin auf ihr entsprechendes Leistungsvermögen auszurichten, wobei hier besonders darauf hingewiesen wird, dass die Eigenmittel aus dem ordentlichen Haushalt zum Teil nicht mehr in der erforderlichen Höhe geleistet werden können.

Außerordentliche Vorhaben

Sanierung Volksschule/Lehrschwimmbecken

Dieses Vorhaben wurde mit der Sanierung der Volksschule sowie auch mit der Adaptierung bzw. mit dem Umbau des Buffetbereiches beim Lehrschwimmbecken im Jahr 2004 begonnen, wobei bisher insgesamt € 279.947,93 an Kosten angefallen sind. Der für dieses Bauvorhaben aufsichtsbehördlich genehmigte Finanzierungsplan vom Jahr 2003 sah Baukosten von insgesamt € 1.170.261 vor.

Da im Zuge der Bautätigkeit zusätzliche Schäden (wie z.B. Wassereintritt beim Dach, Schäden an den innen liegenden Dachrinnen) ersichtlich wurden, hat die Marktgemeinde die Sanierung gestoppt und neuerlich um einen dementsprechend höheren Finanzierungsplan angesucht, in diesem die Kosten auf rd. € 2,613 Mio. geschätzt wurden. Außerdem weist das Projekt im Rechnungsabschluss 2007 einen Soll-Überschuss in der Höhe von € 178.927,11 aus, welcher nach getroffener Entscheidung über die Fortführung der Sanierung verwendet werden wird.

Die von der Abteilung Bildung, Jugend und Sport im September 2007 anerkannte tatsächliche Baukostensumme von insgesamt € 1.300.583 (inkl. Mwst.) divergiert um rd. 1,3 Mio. € gegenüber der Kostenschätzung. Die Kostenschätzungswerte werden nun bautechnisch geprüft und über die weitere Vorgangsweise wird erst im Anschluss daran entschieden werden.

Umkleidekabinen/Sanitäreanlagen Sportzentrum

Dieses Sportzentrum dient vor allem dem Schulbetrieb sowie der Sportvereine. Unter Vergrößerung der Kubatur wurden hier unter anderem auch Räumlichkeiten für den Tischtennisbetrieb sowie Umkleide- und Sanitärräume errichtet.

Die Kosten dieses Vorhabens entsprachen auf Grund diverser zusätzlicher Maßnahmen, wie z.B. die Mitsanierung des Flachdaches, die Erneuerung der Heiz- und Lüftungsanlage, usw. nicht dem aufsichtsbehördlich genehmigten Finanzierungsplan (€ 823.888). Zusätzlich ist eine tragende Zwischenwand eingestürzt (Kosten € 85.000), wofür ein endgültiger Finanzierungsplan von € 1.255.378 mit zusätzlicher Aufstockung der Fördermittel genehmigt wurde. Laut Rechnungsabschluss 2007 wurden für dieses Projekt insgesamt € 1.311.325, also um nochmals rd. € 55.947 mehr als im zuletzt genehmigten Finanzierungsplan, ausgegeben.

Für die Vorfinanzierung der in Aussicht gestellten Fördermittel waren Zwischenfinanzierungsdarlehen (€ 338.000) nötig. Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang – wie bereits auch vom Land OÖ. bemängelt wurde, dass die Kreditaufnahme nicht an den Bestbieter sondern die ortsansässige Hausbank vergeben wurde.

Der im Rechnungsabschluss ausgewiesene Soll-Abgang in der Höhe von € 242.000 kann in den Jahren 2008 und 2009 durch die in Aussicht gestellten Landesmittel abgedeckt werden.

Zudem wurden gemeindeeigene Rücklagen als innere Darlehen in der Höhe von € 160.000 herangezogen. Von diesen vorfinanzierten Mitteln sind im Jahr 2008 noch € 130.000 offen, welche in den kommenden Jahren als Eigenanteil aus dem ordentlichen Haushalt zu leisten sind.

Neubau Altstoffsammelzentrum

Die Marktgemeinde plant eine Standortverlegung des Altstoffsammelzentrums sowie in ferner Zukunft auch die Verlagerung des Bauhofes in das gleiche Areal, wofür Grundstücke im Ausmaß von 24.066 m² angekauft werden müssen.

Der Grundstücksankauf wird voraussichtlich im Jahr 2008 (nach Klärung einiger Rechtsangelegenheiten) zu einem Kaufpreis von rd. € 150.000 vorgenommen. Zuzüglich fallen noch Kosten in der Höhe von rd. € 42.000 für die dafür erforderliche Linksabbiegespur sowie die Drittelfinanzierung für die Verbreiterung einer Brücke an. Die Kosten für die Errichtung der Sonderanlagen des Altstoffsammelzentrums werden vom Bezirksabfallverband Vöcklabruck übernommen.

Das Grundstück samt des darauf befindlichen Gebäudes des bisherigen Standorts wird für die Erweiterung eines Privatbetriebes veräußert, wofür die Marktgemeinde einen Erlös von rd. € 105.000 lukrieren kann. Eine aconto-Zahlung in der Höhe von € 50.000 ist bereits erfolgt und begründet den derzeitigen Soll-Überschuss des Rechnungsabschlusses 2007.

Für die restliche Bedeckung der oben angeführten Kosten sind Mittel aus dem ordentlichen Haushalt 2008 vorgesehen, die aus derzeitiger Sicht auch erbracht werden können.

Schlussbemerkung

Der Marktgemeinde kann eine verantwortungsvolle und sparsame Gebarungsführung bestätigt werden und hat auch ihre Wirtschaftspolitik auf ihr Leistungsvermögen entsprechend ausgerichtet.

Jedenfalls wird der Gemeinderat verstärkt über die Budgetdisziplin nachdenken müssen und Beschlüsse (auch Grundsatzbeschlüsse, die vielleicht erst in den Folgejahren schlagend werden) nur dann fassen können, wenn eine finanzielle Bedeckung gegeben ist und die Folgekosten für die Marktgemeinde verkraftbar sind.

Zudem war durch die Einsichtnahme in die Protokolle sowie durch die Wahrnehmung des persönlichen Eindrucks am Gemeindeamt allgemein ein gutes Zusammenwirken der Organe der Marktgemeinde durch den Bürgermeister, die übrigen Mandatäre sowie die Bediensteten erkennbar.

Die Arbeiten am Gemeindeamt werden von den Bediensteten mit großer Sorgfalt wahrgenommen und erledigt. Die zur Prüfung benötigten Unterlagen wurden umgehend vorgelegt und erforderliche Auskünfte gerne gegeben.

Für die konstruktive Zusammenarbeit im Laufe der Prüfung wird ein Dank ausgesprochen.

Vöcklabruck, am 23. April 2008

Der Bezirkshauptmann:

Dr. Salinger